

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),  
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Staningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Befendbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Zeitzeile oder deren Raum 80 A.

## Auf die Schanzen!

Zum letzten Male können wir zu Euch, Kollegen und Genossen, vor dem 25. Januar durch den „Grundstein“ reden. An diesem Tage hat das deutsche Volk sein höchstes politisches Recht, sein Reichstagswahlrecht auszuüben. Von dem Ausfall der Wahl hängt in hohem Grade das Geschick des arbeitenden Volkes ab. An diesem Tage hat das deutsche Volk darüber zu entscheiden, ob fernerhin Brotwucherer, Wahlrechtsräuber, Befürworter des persönlichen Regiments und Reaktionäre aller Art seine Vertreter sein sollen, oder ob es Männer in den Reichstag senden will, die durchdrungen sind von dem Grundsatz

### des Volkes Wohl über alles.

Bisher ist die Masse des Volkes noch niemals zu ihrem Rechte gekommen. Dank der Unwissenheit und Gleichgültigkeit vieler Arbeiter und Handwerker, hatten die Volksfeinde die Mehrheit in den Parlamenten. Konservativen, Ultramontanen, Liberalen, und wie sich die „Ordnungspolitiker“ sonst nennen mögen, sie alle haben das Volk um sein Recht betrogen. Alle diese Parteien haben von jeher

### verbrecherisch am arbeitenden Volke

gehandelt. Vor der Wahl sind sie „arbeiterfreundlich“ bis zum Erbrechen, im Reichstage aber treten sie nur für die Sonderinteressen der herrschenden Stände und Klassen ein, während sie die Interessen des werktätigen Volkes, das Recht und die Freiheit der Arbeiterschaft verraten und bekämpfen.

Die genannten Parteien sind, teils offen, teils versteckt, immer am Werke gewesen, die politische Entrechtung und wirtschaftliche Ohnmacht der unbemittelten Klasse zu verschlimmern und für ewige Zeiten festzulegen. Ihre Parole ist die

### Fuechtung der Arbeiterklasse.

Die herrschende Gesellschaft ist stets darauf bedacht, der Arbeiterschaft und der gesamten werktätigen Bevölkerung immer neue Lasten, immer schwerere Pflichten aufzubürden zu Gunsten einer kleinen Elite. Ob „schwarz“, „blau“ oder „gelb“, alle bisherigen Mehrheitsparteien haben die Interessen des Volkes mit Füßen getreten. Sie alle haben in Verleumdung ihrer Aufgaben und entgegen ihren Versprechungen vor den Wahlen — den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen — dazu beigetragen, den Imperialismus zu stärken. Die einzige „fruchtbringende“ Tätigkeit der Mehrheitsparteien hat darin bestanden, immer aufs neue Hunderte von Millionen für den Militarismus zu bewilligen und dadurch das Deutsche Reich an den Rand des Verderbens zu bringen. Von der ungeheuren Heeresmacht hat das Volk nicht den geringsten Nutzen, wohl aber müssen gerade die Armen die Hauptlast tragen, da der gesamte Unterhalt des Militärs durch indirekte Steuern aufgebracht wird. In der Auffindung neuer Steuern und Böllen, in der Andrehung der Steuer-schraube haben die Konservativen, Liberalen und Zentrumsleute geradezu erstaunliches geleistet. Und was nicht der Militarismus frisst, das fressen die Agrarier und Großindustriellen als „Liebesgaben“ in Gestalt von Böllen auf Lebensmittel und notwendige Gebrauchs-artikel ein.

Für die Wohlfahrt der Arbeiterschaft, der großen Masse des Volkes, hat der verlassene Reichstag so gut wie gar nichts geleistet. Die sogenannte Sozial-politik ist völlig ins Stocken geraten. Und wie notwendig ist doch gerade die endliche Inangriffnahme eines wirksamen Arbeiterschutzes, die Verbesserung und einheitliche Ausgestaltung des Versicherungswesens, die Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenversorgung. Hier wird gestoppt oder gar die Maschine auf rückwärts gestellt, während bei der Bewilligung von Geldern für den Militarismus und von Maßnahmen zur Auspöderung des Volkes die Maschine immer auf „Dampfbetrieb“ steht.

Will sich das deutsche Volk nicht völlig an den Bettelstab bringen lassen, dann hinweg mit solchen „Volksvertretern“! Dann dürfen nur Männer in

den Reichstag gewählt werden, die aufs innigste vertraut sind mit den Bedürfnissen und dem Willen der großen Masse des Volkes und die die Gewähr bieten, daß sie das ihnen geschenkte Vertrauen nicht mißbrauchen. Das werktätige Volk braucht in der Gesetzgebung Männer, die mit ihm fühlen und denken; Männer, die die Leiden des Proletariats kennen und es stets als ihre höchste Aufgabe betrachten, mit Entschiedenheit und Nachdruck für das Wohl des ganzen Volkes einzutreten. Solche Männer sind einzig und allein die

### Sozialdemokratischen Kandidaten,

die Kandidaten der einzig wahren Volkspartei, die das Recht der Arbeit, das Wohl des Volkes auf ihre Fahne geschrieben hat.

Arbeiter! Maurer Deutschlands! **Denkt an die Brot- und Fleischbölle!** Wer hat sie Euch aufgelegt? Die Konservativen, National-liberalen, Antisemiten und das ach so „christliche“ Zentrum. Denkt an den „Schutz der nationalen Arbeit“, den Euch die Agrarier und Bäcker in Gestalt von kleinen und großen Zuchttausgesetzen zugebracht haben. Wenn die Brotwucherparteien die Mehrheit im Reichstage erhalten, dann ist Euer

### Koalitionsrecht

in Gefahr. Wie viele Plagen habt Ihr nicht schon zu erdulden gehabt, wenn Ihr Euch gegen die Hungerlöhne wehrt. Von gleichem Recht mit den Unternehmern war noch nie die Rede, aber von Jahr zu Jahr tritt mehr hervor, daß die Arbeiter unter einem Ausnahmengesetz stehen, wenn sie für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Aber auch das bishere Recht, was Ihr bisher gehabt, will man Euch nehmen.

Und noch mehr steht auf dem Spiele, wenn die reaktionären Parteien wieder in alter Stärke in den Reichstag einziehen. Auch das

### Reichstagswahlrecht

ist in Gefahr. Immer lauter und vernehmlicher lassen die konservativen und „nationalen“ Parteien verkünden, daß sie das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht beseitigen helfen wollen, wenn nicht der Reichstag zu allen militärischen Forderungen der Regierung und zu allen Ausbeutungsprojekten der Agrarier und Großindustriellen Ja und Amen sagt. Das ist ein langgehegter und jetzt laut verkündeter Wunsch der herrschenden Sippe. Dagegen sich zu wehren, ist die heiligste Pflicht aller Arbeiter, der gesamten freiheitlich gestimmten Wählerschaft.

Maurer Deutschlands! Helfet die Reaktion niederwerfen! Verteidigt Euer Freiheit, Euer Recht! Verschließt den Wahlrechtsräubern, den Koalitions-räubern, den Brotwucherern, den Volksverächtern aller Schattierungen das Tor des Reichstages, indem Ihr nur einem

### Kandidaten der Sozialdemokratie

Eure Stimme gebt. Euer Protest gegen das heutige Regiment muß so wuchtig, so niederschmetternd für die Volksfeinde sein, daß es niemand fernerhin wagen darf, seine Hand zur Beschneidung der kargen Volksrechte zu erheben.

Kollegen, Genossen! Helfet, daß der 25. Januar ein Ehrentag des deutschen Volkes und somit der Sozialdemokratie werde. Der Sieg der Sozialdemokratie ist Euer Sieg, des Volkes Sieg. Wer noch nicht das Recht hat, mit dem Stimmzettel für die Sozialdemokratie zu votieren, der reihe sich willig und freudig den Hilfsbataillonen ein zur Verbreitung von Stimmzetteln und Flugblättern. Keiner bleibe als müßiger Zuschauer zurück; helfe jeder sein Teil, damit das Volk aufgeklärt werde und am Wahltage seine Stimme abgebe für die

### Sozialdemokratie!

Deutsche Arbeiterfürsorge.

Der Reichstangler v. Bülow hat an den Vorstand des Reichsverbandes zur Befämpfung der Sozialdemokratie, den Generalleutnant v. Liebert, eine Silber-Epistel gerichtet, die die Stellungnahme der Regierung zum gegenwärtigen Wahlkampf, befehlen soll. Diese Wahlkündigung zeichnet sich weder durch einen politischen Inhalt noch durch irgendwelches blendende Aeußere aus — das Bezeichnende an ihr ist die Adresse, an die sie sich richtet. Sie befehlet, daß die Reichsleiter sich offiziell in die Hände der stumpfsten Schürfmacherorganisation geben — sie stempelt die Niederlage der letzteren offiziell zu einer solchen der Regierung. In dieser Kundgebung befindet sich indes ein Satz, den wir, besonders von unserem gewerkschaftlichen Standpunkte aus, einer näheren Prüfung unterziehen müssen. Herr v. Bülow schreibt:

„Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für die Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich — obgleich die deutschen Arbeiter die besten der Welt sind, halten doch Millionen bewußt oder als Mittläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umzuwälzen will. Von solchem Druide muß sich das deutsche Volk freimachen.“

Wir haben vor wenigen Wochen die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft aufgerufen, für die Wahl von Sozialdemokraten einzutreten. Wir taten dies in dem vollen Bewußtsein, daß sich die organisierte Arbeiterkraft damit in einen scharfen Gegensatz zur Regierung stellt, und daß die gesamte Gegnerkraft nicht stimmen wird, unsere Gewerkschaften als sozialdemokratische zu denunzieren. Das hat sie aber auch schon früher getan, als wir die neutrale Stellung unserer Organisationen vor aller Öffentlichkeit vertraten und selbst dann, als eben dieser Stellung wegen die Gewerkschaften aus sozialdemokratischen Kreisen lebhaft angegriffen wurden. Wir mögen uns zur Sozialdemokratie stellen, wie wir wollen, wir sind und bleiben deshalb doch die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften, nicht bloß weil die meisten unserer Mitglieder Sozialdemokraten sind, sondern weil unsere Organisationen kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne fordern und solche zu erkämpfen wissen, weil sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, anstatt dem Trugbild einer Interessensarmonie von Unternehmern und Arbeitern nachzugeben. In gleichem Sinne wurden ja auch schon christliche Gewerkschaften, als „sozialdemokratische“ bezeichnet, die zwar den Klassenkampf in der Theorie schmähen, aber um seine Praxis nicht herumkommen. Set es also drum. Wir werden den Haß der politischen Gegner der Sozialdemokratie noch zu ertragen wissen, und wenn einige sozialpolitische Freunde der Gewerkschaften den letzteren die Freundschaft in aller Form aufkündigen, so wird das auch noch zu verschmerzen sein. Was aber den Gegensatz zur Regierung anbelangt, so hat gerade die arbeitervfeindliche Politik der Regierungen am meisten dazu beigetragen, die Arbeiter ins sozialdemokratische Lager hineinzutreiben. Die Politik der Lebensmitteloerteuerung, der Verkümmern der Volksrechte, der Klassenjustiz und der Volksverbrümmung hat der Sozialdemokratie Millionen von Stimmen zugeführt; sie ist es auch, die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft um ihrer Selbsterhaltung willen zwingt, Gegner dieser Regierung zu wählen. Eine Regierung, die ein Ant-Gewerkschaftsgesetz nach russischem Muster dem Reichstage vorlegen konnte, dazu bestimmt, die Gewerkschaften im Paragraphenkampfe mit Behörden und Gerichten aufzureiben — eine solche Regierung kann von der Arbeiterkraft kein Vertrauen fordern!

Um so verwunderlicher hinget es, daß Bülow in so hohen Tönen die Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches rühmt und die Grundsätze, die die Millionen von Arbeitern zu Mittämpfern der Sozialdemokratie

machen, nicht begreifen will. Wenn es wahr wäre, daß das Deutsche Reich mehr als irgend ein Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan hätte, dann wäre die deutsche Arbeiterkraft, diese „beidegedeiste der Welt“, höchst einer Partei nachzugeben. Da nun aber die Inzuliebeigkeit der Arbeiter mit diesen Zuständen in so raschem Maße wächst, daß Herr v. Bülow sich nicht anders mehr als mittels des Reichsverbandes zu helfen weiß, so muß es doch wohl mit dem offiziellen Lob der deutschen Arbeiterfürsorge nicht ganz stimmen. Prüfen wir also, wie es mit der materiellen und geistigen Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches bestellt ist.

Auf dem Gebiete der Krankenversicherung wurden im Jahre 1904 für die gesamten Krankheitskosten M 219 931 462 verausgabt (pro Mitglied M 19,97). Die Gesamtentnahmen der Krankenkassen betragen in diesem Jahre M 246 005 056, davon aus Beiträgen und Eintrittsgeldern M 230 885 129. Von diesen 230 Millionen Mark hat die Arbeiterkraft mindestens 160 Millionen Mark aus eigener Tasche aufgebracht, etwa 70 Millionen Mark aus Beiträgen der Arbeitgeber geflossen, die sie ebenfalls an den Arbeitern verdient haben; das Reich hat indes keinen Pfennig beigetragen. Nur bei der Gemeindeversicherung stellen die Gemeinden die Verwaltung unentgeltlich, dafür ist diese Art der Krankenversicherung auch die leistungsunfähigste und rüchtdingste, die sich zugleich der geringsten Sympathien der Arbeiterkraft erfreut.

Auf dem Gebiete der Unfallversicherung wurden 1904 insgesamt M 164 132 888 verausgabt, davon M 128 641 740 für Entschädigungsbeträge, Heil- und Verdigungslosten (pro Kopf der Versicherten M 6,37). Hier werden die gesamten Kosten von den Unternehmern getragen; das Reich leistet dazu keinen Pfennig Zuschuß (abgesehen vom Etat des Reichsversicherungsamtes).

Für Invaliden- und Altersversicherung der Arbeiter wurden 1904 M 117 100 514 verausgabt, davon M 103 080 253 für Entschädigung (pro Versicherten im Durchschnitt M 7,94). Die Gesamtentnahmen betragen im gleichen Jahre M 193 224 977, davon aus Beiträgen M 164 087 799. Die letzteren sind je zur Hälfte von den Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebracht, so daß also M 77 043 900 von den Entschädigungsbeträgen aus den Beiträgen der Arbeiter geflossen sind (ungerechnet die Selbstversicherten, die den vollen Beitrag selbst leisten). Bei dieser Versicherung leistet das Reich einen Zuschuß zu jeder einzelnen Rente in Höhe von M 50, der 1904 den Gesamtbeitrag von M 45 126 431 (pro Versicherten M 3,48) erreichte.

In allen drei Versicherungsweigen wurden also für das materielle Wohl der Arbeiter aufgewendet:

Table with 5 columns: Versicherung, Ausgabe für Entschädigung, Beiträge der Arbeiter, Beiträge der Arbeitgeber, Reich. Rows include Kranken-, Unfall-, Invaliden- and Insgesamt.

Um also den erkrankten, verletzten und arbeitsunfähig gewordenen Arbeitern 488 3/4 Millionen Mark Unterstützung und Heilkosten usw. zu zahlen, mußten die Arbeiter 237 Millionen Mark (41,0 pSt.) aus eigener Tasche aufbringen; 296 1/2 Millionen Mark (51,2 pSt.) verausgabt das Unternehmertum für die Arbeiter und 45 Millionen Mark (7,9 pSt.) steuerte das Reich dazu. Im Gesamtdurchschnitt entfällt auf jeden Versicherten eine Unterstützung von M 33,67 pro Jahr oder 9,22 3/4 pro Tag, wovon im Verhältnis der Beitragsleistung die Arbeiter 3,77 3/4 selbst aufbrachten, die Unternehmer 1,78 3/4 verausgaben und das Reich 0,67 3/4 täglich für jeden Versicherten hinaufsteuert. Um Mißverständnissen vorzubeugen, wählen wir für die Leistungen der Unternehmer den Ausdruck „verauslagten“;

in Wirklichkeit gibt auch kein Unternehmer die Versicherungsbeiträge aus seiner Privatkaufkraft, sondern er entnimmt sie den Betriebsergebnissen, die ihm seine Arbeiter „erarbeiten“ müssen. Wichtig ausgedrückt, handelt es sich auch hierbei um Arbeiterbeiträge. Auf 3 3/4 pro Tag reduziert sich also der gesamte Zuschuß des Reiches zu den materiellen Bedürfnissen des einzelnen versicherten Arbeiters, während die Arbeiter mehr als das Fünffache aus eigenen Mitteln und das Zwölffache aus dem Ertrage ihrer Arbeitskraft dafür aufbringen müssen. So sieht es also auf dem Gebiete der amtlichen Sozialpolitik aus. Gewiß tritt das, was die Arbeiter aus freier Initiative leisten, an Bedeutung hinter die Gesamtleistungen der Zwangsversicherung zurück, die ebenso viele Millionen von Arbeitern umfaßt, als die Gewerkschaften Hunderttausende. Aber diese Hunderttausende haben neben den Leistungen der Zwangsversicherung in den Gewerkschaften ein Unterstützungswesen geschaffen, das im gleichen Jahre 1904 11,1 Millionen Mark für Unterstützungszwecke verausgabte. Neben den 3 3/4 Beiträgen pro Tag für die Arbeiterversicherung brachte jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter noch 7,2 3/4 für Gewerkschaftszwecke auf, von denen 2,9 3/4 direkten Unterstützungszwecken zugewendet wurden.

Und nun betrachten wir einmal, was das Reich den Arbeitern für die zwei Drittel eines Pfennigs, den es ihnen täglich ident, wieder nimmt. An Zöllen und Verbrauchssteuern muß das deutsche Volk nach dem Etat für 1907/08 908,6 Millionen Mark aufbringen, das ist pro fünfköpfige Familie ein Betrag von M 35. Da es sich bei den Reichssteuern vorzugsweise um Lebensmittelfteuern (Getreide, Salz, Petroleum, Kaffee, Fleisch, Kakao, Bier, Branntwein) handelt, um die Augengegenstände der großen Masse, wie Wismut die 1876 im Reichstage bezeichnete, und da ferner die zahlreichsten Familien in Arbeiterkreisen zu finden sind, so ist anzunehmen, daß die Reichssteuern den Arbeiterhaushalt eher noch härter belasten. Das ist aber nur ein Teil der Aufgaben des Arbeiterhaushalts. Die deutschen Zölle sind Schutzzölle; sie verteuern nicht nur das vom Ausland herbeikomende Getreide, Fleisch und sonstige Produkte, sondern auch das inländische, wofür der Konsument einen gleichen Tribut an den Junker und Grundbesitzer zahlen muß. Von je 100 Kilogramm Brotgetreide, das in Deutschland konsumiert wird, werden nur etwa 15 Kilogramm eingeführt; betrahe sechs Mal so viel Getreide, als an das Reich, muß das deutsche Volk noch an die Junker zahlen. Und das ist nicht der einzige Junkertribut. Von allen inländischen Nahrungsmittelein, als Eier, Hülsenfrüchte, Fleisch, Fleischwaren usw., muß das Volk einen dem Auslandszoll gleichkommenden Betrag den deutschen Grundbesitzern zahlen. Vom Branntwein zahlt es neben den 110,8 Millionen Mark Reichsteuern eine Abgabe von 45 Millionen Mark an die Brennereibesitzer, die über dies vom Reich 16 Millionen Mark Prämien infolge der Art der Maisernte- oder Brennereierhebung einstecken. Die Sperung der Grenzen gegen ausländisches Schladtwies hat den Preis des Schweinefleisches seit 1904 von M 1,32 pro Kilogramm auf M 1,73 gesteigert; den des Hammelfleisches von M 1,41 auf M 1,65, den des Kalbfleisches von M 1,44 auf M 1,69 und den des Rindfleischs von M 1,21 bezw. M 1,48 (Steule) auf M 1,43 bezw. M 1,87, also Preissteigerungen von 22—41 3/4 pro Kilogramm. Nach den Normalrationen der Marineverwaltung soll ein Mann pro Woche je 800 Gramm Hind- oder Hammelfleisch und 750 Gramm Schweinefleisch erhalten. Berechnet man den Verbrauch einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie nur auf das dreifache Quantum, so beträgt die Verbrauchslast dieses Arbeiterhaushalts infolge der Fleischsteuer pro Jahr M 90,77, ungerneht die Mehrzusgaben für Fleischwaren. Dazu kommt, daß der Kleinhandel eine weitere Belastung der kleinsten Konsumenten mit sich bringt.

Nach dem damit sind die Wirkungen der Zollpolitik nicht erschöpft. Die Zigarettensteuer, die die Steuerfuge nach dem Verkaufspreis der Zigaretten bemittelt, bedeutet eine direkte Prämie für den Logndruck, denn wenn der Fabrikant durch Lohnnägige im Hande ist, die Zigarette

Zur Wahlschlacht!

Du, Mann der Arbeit, aufgewacht! Es gilt, den Kampf zu wagen, Auf, zeig' den Feinden deine Macht In siegesfrohen Tagen; Zeig' ihnen, daß der alte Mut In dir noch unbezungen, Zeig', wie in der Begeisterung Glut So oftmals du gerungen.

Wo kraftvoll deine Stimm' ertönt, Da müssen sie dich hören, Wo deiner Massen Schritt erdröhnt, Wer will sich deiner wehren? Wo du dich deiner Kraft bewußt, Gesegnet sei die Stunde — Wo Siegeshoffnung schwellt die Brust, Wer adtet da der Wunde.

Und siehst du in den heiligen Krieg, So ist's für deine Rechte, Dein Ruhm, er ist kein blut'ger Sieg, Willst weder Herr'n noch Knechte. Du willst, daß in dem Vaterland Sich jeder redlich nähre, Nicht, daß des Unrechts schwere Hand Dem Guten ferner wehre.

Dein Rüstzeug und dein' blanke Wehr Sollst du in Ehren tragen, Mit deinem Millionenheer Sollst du die Wahlschlacht schlagen. O sag' es doch an diesem Tag, Wieviel man dir noch schuldet, Werf' ab das Leid, das Ungemach, Du hast genug erduldet.

Drum, Mann der Arbeit, aufgewacht! Es gilt, den Kampf zu wagen, Auf, zeig' den Feinden deine Macht In siegesfrohen Tagen; Zeig' ihnen, daß der alte Mut In dir noch unbezungen, Zeig', wie in der Begeisterung Glut So oftmals du gerungen!



etwas billiger zu verkaufen, profitiert er zugleich an der Steuer.

So drückt also die Zoll- und Steuererhebung des Reiches zugleich auf Lohnhöhe und Lebenshaltung der Arbeiter. Für die M. 3.48, die das Reich dem Arbeiter jährlich in Gestalt eines Zuschusses schenkt, nimmt es ihm im Wege der Lebensmittelerhebung das Hundertfache wieder ab, und wenn dieser Betrag nicht erreicht wird, so ist dies der Einschränkung der Lebenshaltung der Arbeiter geschuldet, die das Reich bereits zum wirklichen Zugunsten der großen Klasse des Volkes gemacht hat und die besseren Lebensmittel durch billigere, schlechtere ersetzt.

Überdies nimmt das Reich den Arbeitern nicht bloß von dem, was diese konsumieren, sondern auch ganz direkt von dem, was es ihnen schenkt. Als im Jahre 1903 die Gesamtausgabe von 659 Millionen Mark (1902) auf 742 Millionen Mark und die Maximalausgaben von 224 Millionen auf 265 Millionen Mark wuchs, da suchte die Regierung zu sparen, und sie fand heraus, daß die invaliden Arbeiter zu viel erhielten. Es waren 1902 142 780 Invalidenrenten und 1903 jagt 152 871 bewilligt. Da fand man glücklicherweise ein Drittel der früheren Erwerbsfähigkeit besaßen, und klagte wurde diesen Invaliden die Rente entzogen, wodurch das Reich in jedem Falle M. 60 sparte, die armen Leute aber auch um die Rente kamen. So brachte man es fertig, daß 1904 bloß noch 140 092, 1905 nur 122 869 und 1906 nur etwa 112 000 Invalidenrenten bewilligt wurden. Seit 1903 also mindestens 83 600 Renten gesperrt wurden! Das Reich sparte in den drei Jahren 4,2 Millionen Mark, und den armen Leuten wurden circa 10 Millionen Mark Renten "erspart".

Das ist die Arbeiterfürsorge des Deutschen Reiches, das mehr als ein anderer Staat der Welt für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter getan haben will. Für die geistigen Bedürfnisse sorgte wohl das preussische Volksschulgesetz, das die Volksschule unter den verpöfendsten Einfluß der Kirche stellte. Für andere Kulturaufgaben ließ die wagnisreiche Seeres- und Marineerziehung, die Kolonial- und Weltmachtpolitik leider kein Geld mehr übrig.

Das ist das Deutschland, das auf dem Gebiete der Sozialpolitik an der Spitze der Nationen marschiert!

Wie sieht es nun in den übrigen Ländern aus? Gemüß, wir geben ohne weiteres zu, daß ihre staatliche Arbeiterversicherung sich mit derjenigen des Deutschen Reiches nicht messen kann. Nur die Unfall- bezw. Haftpflichtversicherung ist weiter entwickelt. In Oesterreich und Dänemark ist auch die Krankenversicherung staatlich geregelt, bzw. wird sie vom Staate unterstützt. In den meisten Ländern hat man die Arbeiterversicherung der privaten Selbsthilfe überlassen. Nun hat diese Selbsthilfe zwar für die Beteiligten ganz andere Ergebnisse zuwege gebracht, als die deutsche Zwangsversicherung mit ihren 9,2 % pro Tag, von denen das Reich ganze 2 % hingufeuert. Aber die deutsche Zwangsversicherung erspart Millionen, die erfahrungsgemäß von jeder Selbsthilfe ausgeglichen blieben, und deshalb ist sie der letzteren sicher überlegen.

Indes ist das nur eine Fürsorge für Ausnahmeverhältnisse. Wichtig für jeden Arbeiter ist das, wozu er sein Dasein betreibt, sein Lohn und seine ganze Lebenshaltung, und derjenige Staat sorgt am besten für seine Arbeiterbevölkerung, der ihr nicht bloß Sicherheit gegen Unglück, sondern die Garantie eines akuten und gesunden Lebens, einen möglichst hohen Anteil an den Ertragsprodukten moderner Kultur gewährt. Wie stellt sich nun Deutschland auf diesem Gebiete gegenüber dem Ausland?

Das nordamerikanische Arbeitsdepartement hat vor kurzer Zeit eine Untersuchung über die Lohnhöhe, Arbeitszeit und Lebenshaltung der Arbeiter in verschiedenen Staaten veranlaßt. Die ersten Ergebnisse derselben bringen jetzt in einer Bearbeitung von El. Geiß in der "Schmollers" Jahrbuch der Sozialwissenschaft" in die Öffentlichkeit. Es ist von hohem Interesse, daß es ein angelegentliches Organ der bürgerlichen Nationalökonomie ist, das auf dieses Zahlenmaterial die Aufmerksamkeit lenkt. Das führt uns gegenüber dem sonst leicht erhobenen Vorwurf tendenziöser Darstellung. Wir geben uns dem vorliegenden Zahlenmaterial die Löhne einiger Arbeitergruppen in den vier Staaten Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Vereinigte Staaten wieder. Die Zusammenstellung läßt erkennen, daß fast überall die Entlohnung der Arbeitskraft in Deutschland die schlechteste ist. Danach wurden 1903 an

So betragen dieselben in Mark bei den Bahnerarbeitern 2,68, Maurern 2,33, Maschinenführern 2,20, Stulleuteuren 2,16, Steinmetzen 2,07, Schiffbauern 1,97, Dachdeckern 1,86, Steinmetzen 1,87, Schriftführern 1,82, Kupferern 1,86, Zimmerern 1,85, Malern 1,82, Maschinenführern 1,84, Bäckern 1,8, Schmieden 1,07, ungelerneten Arbeitern und Leiharbeiterinnen —, 87. Nur der Stundenlohn der Schmiede weist hier einen Wagnis auf. Im allgemeinen entsprechen die niedrigsten Löhne der ungelerneten Arbeiter in Nordamerika (sie schwanken in den einzelnen Städten zwischen 67 s und M. 1,21) denen der höchstgelohnten deutschen Berufe.

Dabei ist die Arbeitszeit fast durchweg kürzer als in Deutschland. Es betrug die wöchentliche Arbeitsdauer in den vorgenannten vier Staaten:

Table with 4 columns: Beruf, Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Deutschland. Rows include Maurer, Steinmetzen, Schriftführer, Zimmerer, Maler, Schmiede, Ingeleier.

Hiernach ist die Arbeitsdauer nur in Frankreich länger als in Deutschland. Ein Vergleich dieser Lebenshaltung mit denen der Stundenlöhne bestätigt drastisch den bekannten Satz, daß den höchsten Löhnen in der Regel auch die kürzesten Arbeitszeiten zur Seite stehen. Nach diesen Ergebnissen heißt die deutsche Arbeiterfürsorge keineswegs glänzend da. Der deutsche Arbeiter würde herzlich gern die gesamte staatliche Zwangsversicherung darangeben, wenn er dafür die Löhne und Arbeitsdauer der englischen und nordamerikanischen Arbeiter eintauschen könnte.

Nach einer Einkommen- und Lebenshaltungsstatistik, die sich auf 24 402 nordamerikanische Arbeiterfamilien stützt, hatten ein Gesamteinkommen in Mark:

Table with 4 columns: Bergbau, Eisen und Stahl, Textilindustrie, Landwirtschaft. Rows include unter 1200, 1200-1800, 1800-2000, 2000-2400, 2400-2800, 2800-3200, 3200-3800, 4000 und mehr.

Die durchschnittliche Einnahme einer Arbeiterfamilie (im Durchschnitt 4,88 Köpfe stark) betrug M. 2989, die Jahresausgabe M. 2798. Von den Ausgaben entfallen auf Wohnung M. 1251,68, auf Kleidung M. 379,96 und auf Miete M. 478,60 im Durchschnitt. Die Unterbringung von 19 000 Arbeiterwohnungen ergab eine Durchschnittgröße von 4,67-Räumen pro Preise von M. 466,20. Wo fände der deutsche Arbeiter für diesen Preis eine solche Durchschnittswohnung? In Berlin kostete im Jahre 1900 eine Wohnung von zwei Zimmern und Küche schon M. 425 und eine Wohnung mit drei Zimmern und Küche schon M. 521. Nach fünfjähriger stellt sich das Verhältnis mit den Eigenschaftern der Arbeiter, auf die im Durchschnitt 5,12 Räume entfallen. Dabei wird angegeben, daß mehr als ein Fünftel der Arbeiter in Eigenhäusern wohnt. In Berlin müßte eine Arbeiterfamilie, die nur eine halb so große Wohnung erfordern würde, mit als die meisten amerikanischen Arbeiterfamilien, mindestens M. 2500 jährlich verdienen. Aber 93 pzt. der beschäftigten Personen in Berlin hatten nicht einmal M. 2000 Einkommen. Trotzdem ein amerikanischer Arbeiter kaum mehr anlegt, als eine fremderische Familie, die in Berlin noch halbwegs menschenwürdig wohnen will, kommen auf jede Familie 4 bis 6 Räume und auf jede Person ein Raum", schreibt Geiß.

Zu beachten ist auch, daß die meisten Nahrungsmittel in den Vereinigten Staaten nicht teurer, sondern wesentlich billiger sind als in Deutschland. So kostete 1 Pfund (450 Gramm) Rindfleisch in Newyork 41 bis 81 s, in St. Louis 35 bis 64 s, Schweinefleisch 43 bis 53 s bezw. 30 bis 57 s; die höchsten Preise entfielen dabei den besten Fleischsorten. Das durchschnittliche Jahresbudget einer Arbeiterfamilie (bestehend aus 4,88 Köpfen im Durchschnitt) wies folgenden Verbrauch auf: Rindfleisch 349,7 Pfund frisch, 48,6 Pfund gefalgen; Schweinefleisch 114,2 Pfund frisch, 110,6 Pfund gefalgen; Butter 117,1 Pfund; Mehl 630,8 Pfund; Zucker 168,5 Pfund; Kaffee 46,8 Pfund; Milch 854,5 Quart; Brot 252,7 Raibe, 623 Pfund Fleisch pro Jahr für eine Arbeiterfamilie, täglich 1,7 Pfund — wo ist in Deutschland auch nur eine Arbeiterfamilie, die dieses Ernährungsniveau zu erhalten vermöchte, das den Durchschnitt der Lebenshaltung der amerikanischen Arbeiterfamilien bezeichnet?

1,7 Pfund Fleisch jeden Tag! W u f s i d a n i c h t der Reich eines deutschen Familienbateres regen, der blutenden Herzen seinen Kindern und sich selbst dieses Nahrungsmittel verlagern muß, weil man es für die Seinen zu einem Leckerbissen gemacht hat, und zugleich der Haß gegen eine Gesellschaftsordnung, die sich solchergegestalt an der arbeitenden Bevölkerung verbrüht?

An diesen Zahlen läßt sich erst erkennen, was Deutschland für seine Arbeiter getan hat, indem es ihnen die Lebenshaltung systematisch verteuerte und verformerte, um Milliarden für Militär- und Weltmachtgewinne und abermals Milliarden für die Junker und Schlotbarone herauszupressen. "Gerausapressen" in des Wortes volkster Bedeutung — einen anderen Ausdruck gibt es nicht für Abgaben, die der Arbeiter bei Strafe des Hungers zahlen muß. In England gibt es zwar einen Kabal- und Spirituszoll, aber die notwendigen Lebensmittel sind frei gelassen; dort gibt es weder Brot- noch Fleischsteuern; dafür bringt die eng-

lische Bourgeoisie ca. 1200 Millionen an Vermögens- und Erbschaftsteuer auf und läßt die Einkommen unter M. 3000 steuerfrei. Als der Burenkrieg in England erhöhte Anforderungen stellte, legte die Nation einen Oe-freibeizoll von 60 s pro Doppelentner auf, den sie nach zwei Jahren wieder abschaffte. In Deutschland hat man die Einkommen schon von M. 500 an (Sachfen) besteuert; die im Vorjahre eingeführte Erbschaftsteuer ist so milde gestaltet, daß sie nur noch 72 Millionen Mark ergibt. Dafür ist der Oe-freibeizoll von M. 9,50 auf 5,50 erhöht. Hier hat Herr von Bülow die Erklärung, weshalb Millionen von Arbeitern bemüht oder als Mitläufer der Sozialdemokratie anhängen. Sie widerlegt zugleich an der Hand statistischer Tatsachen seine Behauptung, daß Deutschland mehr als irgend ein anderer Staat für die materiellen und geistigen Bedürfnisse der Arbeiter gesorgt habe. Es hat im Gegenteil mehr als irgend ein Staat dafür gesorgt, daß materielle und geistige Niveau seiner Arbeiter herabzudrücken, es den herrschenden Klassen zu opfern.

Wenn trotzdem die deutschen Arbeiter als die intelligentesten der Welt bezeichnet werden — wir sind bescheiden genug, in dieses Lob nicht einzustimmen —, so danken sie ihre heutige Stellung in nichts den Regierungen und den herrschenden Klassen, sondern einzig und allein der mehr als 40-jährigen politischen und gewerkschaftlichen Tätigkeit der Arbeiter in Organisation und Kampf, die mit dem Wirken der Sozialdemokratie untrennbar verknüpft ist. Aus eigener Kraft ist die deutsche Arbeiterklasse geworden, was sie ist, und in diesem Kampfe gegen das offizielle Deutsche Reich hat sie diese Stellung errungen. Und so bedauerlicherweise der Vergleich der Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gegenüber denen anderer Staaten ausfällt — selbst dieses Niveau gömmt die herrschende Klasse den Arbeitern nicht, sondern sucht es durch ihre Politik der Volksausbeutung, Volksentrechtung und Volksverdrümmung herabzudrücken. Sehr richtig schreibt Herr von Bülow:

"Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich frei machen!" Deshalb wählen die Millionen deutscher Arbeiter am 26. Januar Sozialdemokraten!

Politische Umfchan.

Gewerkschaftliche Neutralität. Von der politischen und gewerkschaftlichen Zentrumspreffe wird jetzt während des Wahlkampfes "Material gesammelt", um die angebliche Neutralitätshochzeit der freien Gewerkschaften "festzunageln". Die Führung dabei hat das rüdeste Zentrumsblatt, die "Westdeutsche Arbeiterzeitung", und das andere keine Kratzung ist natürlich sofort dabei, sich deren Ergüsse mittels Schere und Kleisterkopf anzueignen. Dabei gebärdet sich die ganze Gesellschaft so, als ob es sich bei unserer Stellungnahme zu den politischen Kämpfen um etwas Neues handele. Wir glauben dazu keine Veranlassung gegeben zu haben. Nie mal hat unser Verband, niemals hat unser "Grundstein" einen Zweifel darüber gelassen, daß wir in der Sozialdemokratie unsere politische Vertretung sehen, und wir brauchen das wahrlich nicht erst noch besonders zu begründen. Das ist jedem bekannt, der sich bemüht, unsere Stellung kennen zu lernen. Niemals haben wir uns für eine Neutralität ausgesprochen, die der Wirklichkeit entrückt, in unannahmbarer Unparteilichkeit, in absoluter Teilnahmslosigkeit über den Interessenkämpfen der Gegenwart steht. Ein solcher Standpunkt würde die Gewerkschaft auf das Niveau eines Sparrubens sinken lassen und er wäre auch undurchführbar. Die Arbeiterklasse, mit ihren liberal verlesenen und gefährdeten Interessen, läßt sich in ihrer wichtigsten Organisation nicht zur Untätigkeit auf politischem Gebiet verurteilen. Jeder Versuch, der mit einer solchen Neutralität gemacht werden würde, müßte scheitern. In dem Maße, wie sich das geistige Niveau der Gewerkschaftsmitglieder hebt, drängen diese zur Stellungnahme auch im politischen Kampfe. Eine Organisation, die diesem Drängen nicht nachgeben wollte, würde ohne weiteres gesprengt werden.

Soweit die Geschichte Beispiele hierfür liefert, sprechen sie für diese Ansicht. Erst in jüngster Zeit hat sich dieses Prozeß in den englischen Gewerkschaften vollzogen. In diesen Berufsverbänden herrschte der Geist der Scheuklappen-Neutralität; er wurde von den alten Führern offiziell peinlich gehaßt. Als aber die Zeit erfüllt war, als die englischen Arbeiter auf die empfindlichste Weise auf die Notwendigkeit der politischen Betätigung hingewiesen worden; da mußten die Gewerkschaften Stellung nehmen, und sie taten das in der besten Art wie es die deutschen Gewerkschaften tun. Da keine Arbeiterpartei vorhanden war, so schufen sie eben eine — und zwar eine mit unverkennbarem starken sozialistischen Einschlag — und mit den Geldmitteln der Gewerkschaften ward der Wahlkampf geführt. Es haben es bisher noch nicht bereut. Dies eine Beispiel mag für viele gelten. Es gibt kein Land, wo wir eine gewerkschaftliche Neutralität andern Maßes finden.

Die gewerkschaftliche Zentrumspreffe — auch die "Brau-gewerkschaft" — tut nun so, als ob unsere Stellungnahme etwas Unerschränktes sei und glaubt, damit ein besonders zugkräftiges Agitationsmaterial gefunden zu haben. Das ist eigentlich zum Lachen, wenn man sieht, wie es im "christlichen" Gewerkschaftslager mit der Neutralität ausfällt.

Table with 4 columns: Vereinigte Staaten, Großbritannien, Frankreich, Deutschland. Rows include Maurer, Steinmetzen, Schriftführer, Zimmerer, Maler, Schmiede, Ingeleier.

Hiernach erhalten die deutschen ungelerneten Arbeiter nicht einmal die Hälfte des Lohnes (47,6 pzt.), den die ungelernete Arbeitskraft in Nordamerika bezieht. Noch trauriger ist der Unterschied natürlich in den gelerneten, gut organisierten Berufen, wo bei den Schmieden der deutsche Stundenlohn auf 41,9 pzt., bei den Zimmerern auf 86,2 pzt., bei den Schriftführern auf 81,8 pzt. und bei den Malern sogar auf 24,3 pzt. des amerikanischen Stundenlohnes herabsinkt. Dabei handelt es sich um Berufe, die auch in Deutschland zu den bestorganisierten zählen und die den Lohn von 69 bis 68 s pro Stunde erst noch zahlen kämpfen auf diese Höhe gebracht haben. Im Jahre 1904 getrigt sich bei den nordamerikanischen Arbeitergruppen eine weitere Steigerung der Stundenlöhne.



Am Gegenfatz zu uns geben sich die „christlichen“ Gewerkschaften als Parteistützer Neutralität aus. Man hat diesem von unserer Seite stets sehr wenig Beachtung geschenkt und im großen Ganzen auch wohl mit Recht. Da sie aber jetzt glauben, besonderes Kapital aus unserer Stellungnahme zur Reichstagswahl schlagen zu können, so sei auch gezeigt, wie die „christliche“ Neutralität zur Reichstagswahl aussieht.

Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ bringt in der Nr. 28 einen Aufruf: „Zur Reichstagswahl!“ überschrieben. In diesem Aufruf wird gesagt, daß die christlichen Gewerkschaften politisch unparteiisch seien, die Organisationen sollten darum nichts tun, was dieser Unparteilichkeit widerspreche, aber außerhalb der Organisations-Tätigkeit solle man sich energisch im Sinne der bürgerlichen Parteien betätigen. Das ist die Neutralität der „Christlichen“!

Sie sind so unparteiisch, daß sie offen und nachdrücklich für die bürgerlichen Parteien agitieren. Welche bürgerliche Partei die Christlichen dabei im Auge gehabt haben, ist un schwer herauszufinden. Die konservativen Parteien können für sie wohl nicht in Frage kommen, denn über die schrieb das christliche Bergarbeiterorgan am 27. Mai 1906, als das Vergesetz verhandelt war:

„Besser ist es, die volle Rückständigkeit des konservativen Klüngels vor aller Welt mit erschütternder Deutlichkeit klar zu sehen, als sich noch länger der Täuschung hinzugeben, bei diesen einseitigen Scharmachern könnte noch eine arbeiterfreundliche Seite angeschlagen werden.“

Nach diesem sehr zutreffenden Ausdruck kann man nicht annehmen, daß die „christlichen“ Gewerkschaften den konservativen Helfersdiensten leisten werden. Und auch die Nationalliberalen können bei den Christlichen keine Nummer haben. Ueber sie schrieb der christliche Blumenfranz („Generalsekretär“ Rehrs) erst vor kurzer Zeit:

„Die Macher dieser Verschlechterungskommission (der Vergesetzeskommission) sind die nationalliberalen Abgeordneten Bergwerksdirektor Hüb, Handelskammersekretär Macc, Geh. Bergrat Priebe, Generalsekretär des Oberhessischen Berg- und Hüttenvereins Dr. Holz. Diese Leute, verläßt durch die Sekretäre einen ganzen Anzahl Untereinnehmer, Dr. Weumer und Dr. Hirsch (beide nationalliberal), sind es gewesen, die die Regierungsvorlage zum Vergesetz herab verhandelt haben, daß alle Vergarbeiter ohne Ausnahme erklärten, das so heruntergefallene Gesetz biete den Arbeitern „Steine statt Brot“. — Das ist die „bewährte“ nationalliberale Arbeiterpolitik!“

Danach bliebe also nur noch der Freisinn und das Zentrum übrig. Dem Freisinn sind die „Christlichen“ jedoch nicht grün wegen seiner Verhöhnung der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine; so landen sie also beim Zentrum. Man hätte diese lange Beweisführung gar nicht nötig gehabt, um das darzutun, denn diese Tatsache liegt so klar zu Tage, daß es eigentlich Zeit- und Raumverschwendung ist, sich in dieser Hinsicht noch besonders zu bemühen; aber sei es einmal gesehen. Man vermeidet es zwar ängstlich, offen zur Wahl der Zentrumskräfte aufzufordern, aber man hat das auch nicht nötig. Man wagt die „Neutralität“! Was ist es, daß man fortgesetzt zum Eintritt in die katholischen Arbeitervereine, die Drilianfakten des Zentrums, auffordert; was verschlägt es, wenn man den Gewerkschaftsmitgliedern die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ zum Abonnement empfiehlt! Und wenn die Vorstände der „christlichen“ Verbände jetzt als Zentrumskandidaten im Lande herumreisen, tut das der Neutralität Abbruch? Kollege Josef Wiebeberg, der Vorsitzende des „christlichen“ Bauhändlerverbandes, müht sich jetzt zwar im Schweiße seines Angesichts, dem Zentrum den Wahlkreis Ham in -Soest zu erobern, aber das hat mit der Neutralität nicht das geringste zu tun!

Wir glauben damit bewiesen zu haben, daß auch die „christlichen“ Gewerkschaften nicht in dem Sinne neutral sind, wie sie zu sein vorgeben. Da wir oben geschildert haben, daß das keine Gewerkschaft möglich ist, so können wir an und für sich nichts dagegen haben. Aber es ist dann eine perfide Heuchelei, auf unsere Wahlagitator hingulandeln, als auf etwas, was den „Christlichen“ fremd wäre. Da halten wir es denn doch für moralischer und menschlicher, hingutreten und zu sagen, janzahl, wir fordern unsere Mitglieder auf, für die und die Partei zu stimmen, denn wir sehen in der Partei die beste Vertretung der gewerkschaftlichen Interessen. Ist es den „Christlichen“ denn durchaus nicht möglich, sich von den üblen Nachwirkungen ihrer verfehlten Erziehung frei zu machen und eheliche und offene Leute zu werden? Daß sie sich schämen, öffentlich zuzugestehen, das Zentrum zu unterstützen, ist ja verständlich, denn dann würde die Schuld für allen Frevel, den diese würdige Gesellschaft an der Arbeiterklasse verübt, auch auf die „christlichen“ Gewerkschaften fallen. Sie haben guten Grund, diese Verant-

wortung zu fürchten. Die christlichen Gewerkschaften wissen auch viel zu gut, woher die jetzt so auffällig markierte Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums herkommt; sie wissen, daß die wahre Natur des Zentrums eher alles andere als arbeiterfreundlich ist. Die wahre Natur des Zentrums kommt dort zum Ausdruck, wo es die Geister noch unbeschnitten beherrscht. Wie es damit bestellt ist, wollen wir uns von „christlichen“ Gewerkschaftsorganen sagen lassen.

Wie die Gewerkschaften in den Zentrumshochburgen behandelt werden, das schilderte im Juli 1904 die christliche „Metallarbeiter-Zeitung“ mit folgender Klage:

„Für die Geschichte des christlichen Metallarbeiterverbandes ist es wichtig, festzustellen, daß in keine in anderen Bezirke unseres deutschen Vaterlandes der Verband mehr bekämpft wird, als in dem dunkelsten und allerkatholischsten Bezirke zwischen Eöln und Düren. Das stellt dem sozialen Verständnis dieser katholischen Mitbürger das denkbar schlechteste Zeugnis aus.“

Und über die Gewerkschaftsbehandlung im Gebiete der oberhessischen Zentrumskapitalisten klagte dasselbe christliche Blatt im September 1906:

„Die Arbeiterschaft wurde geradezu zur Hundemut und Anspruchslosigkeit erzogen. ... Niemandem herrscht der Kapitalismus brutaler als in Oberhessen!“

Das passiert in dem Gebiete, wo die Zentrumsgroßen Ballstrem, Matuschke, Donnerstern, Schaffgotsch usw. großen Einfluß besitzen. Und wie war es bei der Auslieferung der Koesfelder christlich organisierten Weber? Fast alle Zentrumsgroßen und die Geistlichen stellten sich auf die Seite der Kapitalisten; den christlichen Arbeitern wurde der katholische Vereinsaal verweigert. Der „Bergknappe“ schrieb damals:

„Wir machen wieder (1) die Erfahrung, daß diejenigen oft die schlechtesten Charaktere sind, die so tun, als möchten sie aus lauter Christlichkeit den Herrgott vom Kreuze nehmen und sich selbst daran hängen.“

Wie es mit der Gewerkschaftsfreundschaft der Zentrumsgroßen aussieht, sagte die christliche „Graphische Stimme“, die dem „Apostolischen Boten“ und Zentrumsführer Theising vorwärts, er habe den christlichen Verband einen „Aumpenberband“ genannt. In der Zeitung schrieb die Zentrumsgroßen für die Gewerkschaft, „aber im eigenen Hause“ würde „alles unterdrückt“. Die christliche „Malerzeitung“ schrieb empört über ihre Erfahrungen mit den Zentrumsgroßen:

„Die Leute, bestehenden (Partei-) Verhältnisse zeigen uns sehr wenig, zumal in solchen Gegenden, wo man sich unserer nur dann zu erinnern pflegt, wenn man sich Nutzen aus unserer Anteilnahme an Wahlen usw. verspricht, um uns dann, wenn man unserer nicht mehr bedarf, mit wenig Dank oder vielen billigen Versprechungen zu verabschieden. Unsere Gutnützigkeit hat uns bisher blutigen eingebraucht.“

So werden die christlichen Gewerkschaftler von ihren „Gönnern“ behandelt. Bei den Wahlen überträgt man die Stimmen mit vielen Versprechungen, nach der Wahl ist alles nicht wahr gewesen. Wie der Rechtshubverein der Saarbergleute 1898 von den maßgebenden Zentrumsgroßen vernichtet worden ist, darüber schrieb „Effert“ in der „Saarpfost“:

„Der Rechtshubverein wurde mit allen möglichen Mitteln zerschlagen und zertrümmert. ... Der Rechtshubverein war zerschlagen und man war zufrieden.“

Wie kann man von einem ernsthaften Gewerkschaftler verlangen, er solle eine Partei unterstützen, die ähnlich wie die schlimmsten Scharfmacher den Arbeitern aus Parteiinteresse die Organisation getrümmert? Die „christlichen“ Gewerkschaftsführer bringen es trotzdem fertig, für die Zentrumspartei zu agitieren und zu kandidieren!

Das ist, wenn kein Arbeiterverrat, so allgrößte politische Beschränktheit.

Die freien Gewerkschaften beanspruchen nicht den zweifelsfreien Ruhm einer Scheitler-Neutralität, sie ergreifen stark und kühn Partei in den Kämpfen der Gegenwart; soweit sie als Arbeiter davon berührt werden. Für den Verzicht der „Christlichen“, das zur Agitation gegen uns auszunutzen, haben wir nur ein Lächeln, und in Betracht der unwürdigen Heuchelei, die sich in dem Gegenfatz zwischen Worten und Taten der „Christlichen“ offenbart, ein Lächeln der Verachtung. Auf keinen Fall kann uns dies Geflässe davon abhalten, für die Reichstagswahl die Parole auszugeben: Für die Sozialdemokratie!

Verbandskollegen als Reichstagskandidaten. Zu den schon gemeldeten Kandidaten kommt noch hinzu Kollege Herr. Baude-Kottowik, der in dem Wahlkreis Köln-G. -Strechlich kandidiert. Ferner ist dem Kollegen Heiser. Möller-Weßlau noch eine zweite Kandidatur in Willich-Trebnitz übertragen, und Kollege Wihl. Schulz-Wolken kandidiert nicht in Frauloh-Bfso, sondern in den beiden Kreisen Camter-Dornitz und Gernitau-Kolmar.

Das genaue führte Parlament. Auf Grund eines Briefes der „Rheinischer Volkszeitung“ hatte der „Vorwärts“ die Bemerkung gemacht, daß die Unterwerfung der Sottentotten in Südwestafrika schon früher erfolgt sein müsse, als von der Regierung mitgeteilt worden war, ja, daß die Regierung schon am 13. Dezember gewünscht haben müsse, daß die Waffenerückführung der Sottentotten erfolgt sei, von der die Regierung erst am 26. Dezember der Öffentlichkeit Mitteilung machte. Diese Mitteilung hat die Norddeutsche Allgemeine Zeitung durch zwei Dementis bestritten. In dem ersten Dementi führte sie aus, daß ihr vom Oberst Deimling erst am 24. Dezember Mitteilung von der Unterwerfung der 156 Sottentotten gemacht worden sei. Als der „Vorwärts“, wie übrigens auch eine Anzahl bürgerlicher Blätter, an diesem famosen Dementi das wichtigste vermisste, nämlich eine Angabe darüber, wann denn eigentlich die Kapitulation der Sottentotten erfolgt sei, rühte das offiziöse Organ mit einem zweiten Dementi heraus, in dem es erklärte, daß auf telegraphische Anfrage in Südwestafrika die Erklärung eingegangen sei, daß das Unterwerfungsabkommen mit den Sottentotten erst am 23. Dezember abgeschlossen worden sei.

Auf diese neueste Erklärung antwortete der „Vorwärts“, daß es gar nicht darauf ankomme, wann das Unterwerfungsabkommen ratifiziert worden sei, sondern daß es sich darum handle, wann sich die Sottentotten gestellt hätten. Das müsse schon lange vor dem 23. Dezember, ja schon vor dem 13. Dezember geschehen sein, und von dieser Tatsache der Stellung der Sottentotten und den schon seit längerer Zeit gepflogenen Friedensverhandlungen habe man dem Reichstage nicht nur keine Mitteilung gemacht, sondern man habe sogar durch den Oberst Quade die unrichtige Darstellung geben lassen, daß gegenwärtig die eben erwähnte Zahl der im Felde stehenden Sottentotten wieder auf 500 bis 600 Mann angewachsen sei.

Nunmehr ist der „Vorwärts“ in der Lage, die Auffassung, daß der Reichstag von der Regierung in unerhörter Weise getäuscht worden ist, durch neue Beweise erhärten zu können. Ihm liegt nämlich der Brief eines Soldaten der südwestafrikanischen Scharftruppe vor, der in der ersten Hälfte des November (1) abgehandelt worden ist. In diesem Briefe wird mitgeteilt, daß sich der Sottentottenkapitän Johann Christmann mit einer größeren Zahl bewaffneter Männer gestellt habe, um in Friedensverhandlungen einzutreten. Diese Friedensverhandlungen hätten denn auch zur Annahme von Bedingungen geführt, die den von der Regierung mitgeteilten Unterwerfungsbedingungen vollständig entsprechen.

Wäre in diesem aus der ersten Hälfte des November stammenden und vor dem 24. Dezember in Deutschland eingetroffenen Briefe des im Süden der Kolonie stationierten Scharftruppenoffiziers wird der Unfug Ausdruck gegeben, daß nunmehr der Krieg zu Ende sei und daß bereits vom Mitte Dezember an eine Herabführung der Scharftruppe auf 7000 Mann in Aussicht liege.

Aus diesem Briefe, dessen Authentizität durch den dem Oberst abgedruckten Volltext auf Frage steht, geht also hervor, daß sich Kapitän Christmann in einem Teile der Sottentotten bereits in der ersten Hälfte des November gestellt hat, und daß, wenn auch das endgültige Friedensabkommen noch nicht in aller Form abgeschlossen war, doch bereits eine Verständigung über die Kapitulationsbedingungen Anfang November erzielt war. Und von allem, was sich in der ersten Hälfte des November in Südwestafrika abspielte, hat der Reichstag noch am 13. Dezember kein Wort erfahren!

Wer schafft das Gold zu Tage? Das Geschäftsjahr 1906 ist sehr reich für die Bergwerks- und Hüttenbesitzer gewesen. In starken Strömen fließt ihnen das Gold zu. Der „Berliner Börsen-Courier“ stellt folgende Liste auf:

	Dividenden		Schätzung für 1906
	1904	1905	
Brenberg-Bergbau	85	85	49
Niederschleichen-Kalwerke	10	10	10
Braunschweiger-Kohlenbergwerke	10	11	12
Brüder-Kohlen-Bergbau	14	14	15
Hüderus-Gewerwerke	6	6	7
Caroline bei Mülben	15	20	22-25
Concordia-Bergbau	10	12	20
Consolidation-Schafte	26	23	32
Deutsch-Osterr. Bergwerk	5	8	10
Donnerschwarzhütte	14	14	14
Düger-Kohlen-Berein	9	10	12
Eintracht-Braunföhlenwerke	16	18	20
Eisenhütte Hahle St.-Br.	0	5	5-8
Eisenwerk Kraft	8	11	11
Gelsenkirchener Bergwerk	10	11	12
Hibernia	11	11	14
Hülse-Bergbau	14	16	18
Kölnener Bergwerksverein	25	26	30
König-Wilhelm	12	12	20
Königsborn	7	7	12
Magdeburger Bergwerk	28	28	35
Wassener Bergbau	4	5	8-9
Wahlheimer Bergwerksverein	9	10	10
Nordstern	14	15	20-22
Deerschle. Eisenbahnbedarf	7	7	7
Eisen-Zindurite	4	4	6
Rossm. und Chem. F.	9	9	10
Rheinische Anthracit-Kohlen	8	9	10
Rheinisch-Naunauer Bergw.	22	24	25
Schalker Gruben	32	20	30
Schlef. Zinkhütten A.-G.	19	21	23

Es ist eine Lust zu sehen, als Bergwerks- und Hüttenbesitzer. Wie aber ergreift es der Arbeitende, die den Hohl schaff? Die „Deutsche Bergwerkszeitung“ (Nr. 300 vom 23. Dezember 1906), ein Besondereheft, schreibt:

„So lassen sich die Verwaltungsräte der großen Städte die auf den ersten Blick erlaunliche Tatsache hervorheben, daß der Armentat in diesem Jahre beträchtlicher industrieller Prosperität die Kommunen nicht nur absolut, sondern auch relativ stärker belastet hat, als beispielsweise im Jahre 1902, wo eine sehr starke Arbeitslosigkeit herrschte und die Industrie am Boden lag. Es find nicht etwa nur die absoluten Ziffern des Armentats entsprechend der Zunahme der Bevölkerung gestiegen, sondern auch der Prozentsatz



der Verdickung, der der Armenunterstützung anheimfällt, ist im Jahre 1906/07 größer als im Jahre 1901/02. Das sollte wahrlich zu denken geben und zwar gerade bei der gegenwärtigen politischen Bewegung...

Trotz anfliehender Sozialistischer Steigerung der Armenlasten, größerer Zahlen der Armenunterstützungsabhängiger. Für die nichtstehenden, betriebsfremden Klassen und Armenbesitzer...

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland: Maurer:

- Hansestädte: Lübeck (Sperrung über das Baugeschäft von Brieger, Kattowitz); Schleswig-Holstein: Westerland a. Sylt (Differenzen); Mecklenburg: Klütz (Aussperrung); Pommern: Bansin (Sperrung über Berger); Königr. Sachsen: Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauten, Hessel, Gohlis, Lothringer und Pariserstrasse, M. Steyskal und Seifert in Mückern, Sohrstrasse, Heiner, Miltzer, Stötteritz, Schwarzackerstrasse), Rüttha (Sperrung über O. Bötcher), Oderwitz (Sperrung über Kräsing), Chemnitz (Sperrung über den Neubau des Albert-Museums), Riessa (Sperrung über den Bau Roth in Zeithain); Provinz Sachsen: Naumburg a. d. S. (Sperrung über Emil Müller, Kanonierstrasse); Westfalen: Wanae (Sperrung über den Zwischenunternehmer G. Sieber); Bayern: Bamberg (Sperrung über Zwölfer); Würzburg (Sperrung über den Schramm'schen Neubau); Oesterreich-Ungarn: Teplitz (Streik); Budapest (Aussperrung).

Gau Nürnberg. Bekanntlich haben wir mit den Unternehmern in Bamberg eine unbillige Umabnung getroffen, nach der jeder Maurer 40 A Lohn pro Stunde erhalten soll, was im Sommer auch eingehalten wird. Aber während der Wintermonate verfallen einzelne Unternehmer immer wieder in die alte Mode...

Gau Stettin. Der Arbeitgeberverband für das Baugeschäft für Neu-Vorpommern und Rügen mit Einschluß der Presse Anklam-Demmin hält am 16. Januar, Mittags 1-Uhr, im Rathauseller zu Straßburg seine Generalversammlung ab. Bürgerstolz und Bürgerwitz sind oft von der alten Sanftmut ausgegangen. Wobei die Tagung in jenen Räumen gute Vorbereitungen fand und die Unternehmer zur Einkünfte bringen. Von letzterer ist vorberhand noch wenig zu merken. Noch am 22. Dezember d. J. boten die Greißwälder Unternehmer 42 1/2 A auf zwei Jahre, verlangten die Verlastigungskauf und Verbot jeder Agitation in einem abguschließenden Vertrag. Am 6. Januar lehnten unsere Kollegen dies Ergebnis von Aufgablichkeit ab.

Die Situation ist im allgemeinen folgendermaßen: Die unorganisierten Unternehmer zahlen in Straßburg und Greiffswald 45 A, in den Badoorten bis 60 A und darüber pro Stunde. In Demmin wird 10 Stunden gearbeitet und 40 A bezahlt. Jarmen 10 A, 88 A; Trepow 11 A, 88 A; Barth 10 A, 88 A; über Rand 40 A; Richtenberg, Trilssee und Grimmen 10 A, 84-87 A; Wolgast 10 A, 88 A; Anklam 10 A, 88 A; Hohenow 11 A, 88 A; Boitz 11 A, 82 A. Anklam, Grimmen, Wolgast fordern höheren Lohn bezw. kürzere Arbeitszeit. Straßburg und Greiffswald kämpfen um Anerkennung und höheren Lohn, als Antwort auf die Aussperrungen, die wegen der Verbesserung der Lage der Hilfsarbeiter eintreffen. An die Organisationen und deren Bestrebungen, soweit gelehrte Arbeiter in Frage kommen, haben sich die Unternehmer gewandt; hin und wieder fallen sie aber in ihre alten Sünden zurück. Kommen aber ungelernete Arbeiter in Frage, so treten die Unternehmerorganisationen als Akrop-

fechter für Junfer und Bürger auf. Beide lassen sich dies gern gefallen. Wird es ihnen zu bunt, so scheiten sie auf den Unternehmer und stellen ihre Arbeit in eigener Regie her, wobei sie anstandslos das Geforderte und noch mehr zahlen. Freilich der Hof auf die Organisation bleibt. Die Kontraktiven und Überlegen scheuen sich nicht, den Bauern einen recht warmen Empfang zu geben. Der sozialdemokratischen Maurer zu empfehlen, die als Seindoten des Sozialismus kommen. In ganz Vorpommern ist die Stimmung auf Kampf gestellt. Und dennoch haben sich die sogenannten christlichen Organisationen nicht geschämt, in Trilssee, Jarmen, Greiffswald von Unternehmern und Bürgermeisters Gnaden Vereine in einer Gesamtstärke von 40 Mann zu errichten. In Straßburg formierten die „Hirte“ aus 40 Streikbrechern eine Unternehmerrückzugstruppe. In diesen Gruppen sind alle Berufe vertreten. In dem gut organisierten Meiersberg war es den Sozialen vorbehalten, die Greiffswälder Bauarbeiter zu protegiere. Gegenüber den 1200 Mitgliedern will es wenig bedeuten. Öffentlich haben die Unternehmer sozial Einsehen und Wahrung, wie sie Bülow bei den Arbeitern voraussetzt, dann werden ihnen am 15. Januar in Straßburg vernünftige Gedanken kommen.

Als Vorschlag zur Hilfe und zu einer verständigen Regelung empfehlen wir: 1. Anerkennung des Zehnstundentages im ganzen Bezirk. 2. Bezahlen der Reisezeit als geleistete Arbeit. 3. Ungehändige Ueberwachungsräume mit einem Lager, das mindestens 50 cm hoch vom Erdboden entfernt ist. 4. Einen Lohn von 40 A pro Stunde in allen Städten unter 10 000 Einwohnern und einen Lohn bis 45 A in Städten über 10 000 Einwohnern. Dies wäre die Grundlage. Hiermit wäre der Anfang zu einer gesunden Entwicklung im Baugeschäft Vorpommerns gegeben, eine Grundlage, bei der auch die Unternehmer durch teilweise Ausbesserungen unläuterer Konkurrenz gerade nicht schlecht fahren würden.

In diesem Frühjahr ist Vorpommern von jedem Maurer zu meiden.

Ein lauberes Gewerbe.

Früher waren es immer höchst zweifelhafte, dunkle Eyzennämmer, die das laubere Gewerbe der Vermittlung von Streikbrechern betrieben. In abgelegenen Winkeln und Gassen, abgeschlossen von der lauten Fußgängerwelt und in aller Feindschaft betrieben sie ihr schamlos Geschäft. Sie waren meistens unkümmlich bemüht, daß ihre Tätigkeit nicht allzuvielen Leuten bekannt wurde, der Profit blieb trotzdem nicht aus. Diese Streikbrecherorganisationen alten Schlags waren noch von einem Schein umbeinlicher Romantik, einer Verzecher-Romantik, umwoben; mild bemogene Ge-fühlten, bildeten sie sogar eine moralische Feste der Menschheit. Ihre gigantische Schuftigkeit, die sie nie leugneten, deren sie sich viel mehr mit Stolz brühten waren, machte sie sogar zu außerordentlichen Verlehen, zu interessanten Charakteren. Aber auch diese alten, ansehnlichen Lumpen sind im Aussterben begriffen. Das moderne Leben hubel keine Romantik, wie es keine Vorkämpfer des Arbeit-marcktes war, das beandbelt der nibelirernde Kapitalismus in höchst respektable, auf moderner Grundlage angelegte Großunternehmungen. Wo früher der „Badrioni“ mit den Wasserfischen und mit dem Dolch unter dem schmutzigen Mantel hingen und schwindend um den höchsten Preis der Streikbrecher feilschte, da steht heute der bestadte und wohlfeilere Bureauverwalter mit dem Preiszuzant. So säubert alle Profite des Lebens! Das waren unsere Betrachtungen, als uns das folgende Schreiben in die Hände kam:

Bureau International, Commanbis-Gesellschaft zur Besorgung von italienischen Bauarbeitern, als Erd-, Feis- und Luntearbeiter, Maurer und Handlager, Steinhauer und Steinbrecher sowie Oberbauarbeiter. In jeder Anzahl, Maschinenpersonal jeder Art.

Zentralbureau: Straßburg 1. C., Grollegasse 3. Filialbureau: in Metz (Vorbringen) Brierstrasse 11. in Rom (Lombard) (Venedig) (Schweiz) in Triest (Venedig) (Schweiz) in Venedig (Schweiz) in Straßburg 1. C., Grollegasse 3. in Straßburg, den ...

Auf Grund langjähriger Erfahrungen, als Geschäftsführer und Bauleitende in größeren Baugeschäften für Hoch-, Tief- und Wasserbauten, haben sich die Inhaber obengenannten Bureau zusammengefasst, um einem Uebelstande abzuwehren, woran das ganze deutsche Baugeschäft seit einigen Jahren krankt. In früheren Jahren war der Arbeitermangel ein kaum fühlbarer, während heute ein jeder Unternehmer bei Berechnung einer Submissionsangebots auch damit rechnen muß, für Arbeiterbeschaffung so und soviel, je nach Größe der zu übernehmenden Arbeit, mit einzukalkulieren.

Woher dieser Uebelstand kommt, wollen wir hier nicht weiter zergliedern, eine feststehende Tatsache ist es jedoch, trotzdem mit jedem Jahre mehr italienische Arbeiter nach Deutschland kommen, daß jedes Baugeschäft mehr oder weniger unter Arbeitermangel zu leiden hat. Der Zusammenfall der Arbeiter, wie er in früheren Jahren bestand, fehlt völlig, daher die sofortige Verteilung der Leute, sobald sie den deutschen Boden betreten, es geht heute sozusagen jeder einzelne seine eigenen Wege, mit einem Wort: die Organisation fehlt. Durch Engagement tüchtiger Schachtmeister und Rolliere jeder Art, sowie unsere Verbindungen in ganz Italien, ist unser Bureau in den Stand gesetzt, jede Anzahl Arbeiter aller Berufsarten das ganze Jahr hindurch zu beschaffen. Unser Verbleiben wird es sein, nur tüchtige und nützliche Leute zu engagieren, damit wir die Zufriedenheit unserer geschätzten Auftraggeber gewinnen und uns somit eine dauernde Verbindung jedes einzelnen Auftraggebers sichern.

Indem wir im Bedarfsfälle auf Ihren geschätzten Auftrag hoffen, gestalten wir uns, Ihnen in der Anlage je einen Auftrags- und Erläuterungschein zur gefälligen Benutzung zu übersenden und rechnen in dessen Erwartung.

Wir vorzüglicher Hochachtung Bureau International, (Unterschrift.)

In diesem Schreiben, das an eine süddeutsche Bau-firma gerichtet war, wird schamhaft verschwiegen, um was es sich denn bei der ganzen Unternehmung eigentlich handelt. Man begnügt sich mit der Umdeutung, daß ein „Hebel-stand“ besteht, woran das ganze deutsche Baugeschäft seit einigen Jahren krankt. Wir wollen sagen, woran es krankt, nämlich daran, daß es nicht zu jeder Zeit die gewünschte Zahl Streikbrecher hat. Diefem Uebelstand will die Commanbis-Gesellschaft „Bureau International“ abhelfen, sie will die Streikbrechervermittlung großzügig organisieren. Natürlich läßt sich die Gesellschaft sehr gut dafür bezahlen. Außer den Fahrt-unkosten der Streikbrecher und ihres Transporteurs ist pro Kopf zu zahlen: Bei Aufträgen von nicht unter 100 Mann vom 1. Februar bis 30. April A 1,50, vom 1. Mai bis 31. Juli A 2, vom 1. August bis 31. Oktober A 2,50, vom 1. November bis 31. Januar A 3,50. Bei kleineren Auf-trägen sind die Preise um 50 A pro Kopf höher. Mehr konnten wir bisher über die Tätigkeit dieser Gesellschaft noch nicht in Erfahrung bringen. Vielleicht wird es nun eher möglich sein, nachdem wir sie ins volle Licht der bau-gewerblichen Öffentlichkeit gezogen haben.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Wählen der Delegierten zum Verbandstag. Die Wahlprotokolle über die Delegiertenwahlen in Wahlabteilungen, die aus mehreren Zweigvereinen zusammengesetzt sind, müssen bis zum 24. Januar in unseren Händen sein. Später eingehende Protokolle können bei Zusammenstellung des Resultats nicht berücksichtigt werden.

Einsendung der Anträge zum Verbandstag. Anträge für den Verbandstag müssen bis zum 20. Januar 1907 an uns eingekandt werden (siehe Bekanntmachung in Nr. 49, Jahrgang 1907 des „Grundstein“).

Neuwahl der Zweigvereinsvorstände. § 5a des Statuts bestimmt über die Neuwahlen der Zweigvereinsvorstände, daß sie alljährlich, nachdem für das vierte Quartal abgerechnet ist, stattzufinden haben, aber spätestens bis zum 1. März erfolgt sein müssen.

Wir ersuchen die Neuwahlen halbmöglichst zu veranlassen und die Wahlprotokolle einzusenden. Sollte in den in letzter Zeit gegründeten Zweigvereinen eine Neuwahl nicht für zmedientlich gehalten werden, dann muß trotzdem das Wahlprotokoll ausgefüllt und eingekandt werden, weil es zur Anfertigung eines neuen Zweigvereins- und Abrechnungsergebnisses gebraucht wird.

Vorschläge zu Vertrauensleuten für die Einzelmitglieder in Sachsen. Für Orte in Sachsen, wo keine Zweigvereine, sondern nur Einzelmitgliedschaften bestehen, werden wir auch für 1906 Vertrauensleute ernennen. Die jetzt bevollmächtigten Vertrauensleute werden ersucht, halbmöglichst eine Versammlung der Einzelmitglieder einzuberufen, wo Kollegen bestimmt werden, die uns in Vorschlag gebracht werden sollen. Sobald das geschehen ist, werden wir einen Kollegen zum Vertrauensmann ernennen und ihn mit einer Vollmacht ausstatten.

Die Zweigvereinsvorstände ersuchen wir, uns in den nächsten Wochen die Mitgliedsbücher derjenigen Kollegen einzusenden, die auf Grund der §§ 26 und 28 des Statuts vom Beitrag befreit sind.

Abrechnungen. Alle Zweigvereinsvorstände, die die Abrechnung für das vierte Quartal 1906 noch nicht eingekandt haben, ersuchen wir nochmals um sofortige Einsendung derselben.

Sterbegeld darf laut Statut nur auf Anweisung des Verbandsvorstandes ausgezahlt werden. Mit den diesbezüglichen Anträgen haben die Zweigvereinsvorstände zu überreichen:

- a) das Mitgliedsbuch des betreffenden Mitgliedes und b) die Sterbeurkunde.

Außerdem sind anzugeben die Todesursache, das Alter und der Name derjenigen Person, an welche die Unterstützung aus-zuzahlen ist.

Unterstützungs-Anweisungen wurden in der Zeit vom 30. Dezember 1906 bis 12. Januar 1907 für folgende Mit-glieder erteilt:

- Heinr. Kaiser-Hamburg, Verb.-Nr. 29 442; E. Streichmann Jwentan, 110 052; Leonard Bauer-Frankfurt a. M. (Frank), 22 869; Wilhelm Geis-Frankfurt a. M. (Frank), 22 486; Wilh. Schulz-Grünberg (Frank), 75 309; Ernst, Gunterich-Strausberg (Frank), 102 948; Franz Schulz-Brühl, 95 619; Karl Bauer-Schlitz (Frank), 102 579; Johann Höpner-Wil-Mühlbach (Frank), 60 721; Hermann Kiemer-Wolffen (Frank), 292 240; Wilh. Heinrich-Burg (Frank), 87 682; August Wambach-Berlin (Frank), 291; Friedrich Freitag-Gienack, 184 842; Albert August Nibel-Dresden (Frank), 182 529; Ferd. Wiedenbein-Plantenburg a. S. (Frank), 64 888; Wilhelm Bacharius-Berlin (Frank), 678; Heinrich Müller-Berlin (Frank), 729; Hermann Löwenberg-Berlin (Frank), 6101; Friedr. Schürmer-Berlin, 5484; Jakob Wobniller-Sarkisauke (Frank), 87 140; Otto Schulz-Dessau, 178 436; Johann Heider-Mühlitz, 87 140; Otto Schulz-Königsberg i. Pr. (Frank), 168 992; August Hähnel-Dresden (Frank), 189 210; Hermann Schmitzgen-Dresden, 184 163; Robert Höbner-Mühlitz, 298 979; Wilhelma Wolf-Galle a. b. S. (Frank), 24 919; Heinrich Schauer-Dresden, 18 648; Hermann Weiser-Dresden (Frank), 169 992; Heinrich Schmidt-Wiesbaden, 48 770; Johann Waage-Barin, 126 165; Heinrich Lindenlang-Bremerhaven, 65 787; Wilh. Dommer-Dremerhaven, 85 812; Johann Wilmmer-Speyer (Frank), 187 886; Heinrich Fuchs-Karlowitz, 181 186; Wilhelm Peteren-Hamburg, 80 057; Heinrich Eirix-Brannhewitz, 88 066; August Lehms-Berlin, 4808; Josef Windl-München, 171 891; Karl Weisberg-Demmer-















fälligen. Ferner wurde beschlossen, zum 1. April mit einer Kapitalforderung von 3.3 an die Unternehmer von Steinfriden heranzutreten, damit der Lohn in Steinfriden mit dem Lohn in Post gleichkommt. Ein Kollege stellte folgenden Antrag: Die organisierten Kollegen dürfen nicht mit unorganisierten Mauern auf einem Bau zusammenarbeiten. Dieser Antrag wurde nicht genügend unterstützt, worauf dann der Antragsteller den Antrag zurückzog. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

**Frankfurt a. M.** Der hiesige Zweigverein hielt am 8. Januar eine Versammlung ab, um über die aus den Poststellen eingelaufenen Anträge zum Verbandstage zu beraten und zu beschließen, ob sie dem Verbandstage unterbreitet werden sollen. Einige Anträge, die daselbst, Mitglieder, die vom Verbande Krankenunterstützung beziehen, zahlen 25  $\phi$  oder keine Beiträge, und Nichtunterstützungsberechtigten sind vom Beitrage befreit, wurden, nachdem die Diskussion ergeben hatte, daß Beiträge gezahlt werden müssen, abgelehnt. Ein Antrag, Krankenunterstützung im Winter auszugeben, sowie die siebenjährige Karenzzeit fallen zu lassen, wurde abgelehnt, da nicht das Hauptgewicht auf das Unterstützungsverfahren zu legen sei, sondern der Kampfcharakter der Organisation gewahrt bleiben müsse. Ein Antrag, die Krankenunterstützung in den Beitragsmonaten auf 20 Wochen auszudehnen, wurde angenommen. Ein Antrag, die Streckunterstützung vom ersten Tage ab zu zahlen sowie den Witzespruch von der ersten Woche an zu gewähren, wurde abgelehnt, da im Interesse der Bewegung schon einige Opfer gebracht werden müßten, um auf der anderen Seite die Kampffähigkeit der Organisation zu erhöhen. Zur Beschaffung von ausreichenden Mitteln für die uns in nächster Zeit bevorstehenden Kämpfe, besonders für das Jahr 1908, lag ein Antrag des Vorstandes vor, der Verbandstag möge beschließen, daß im Jahre 1907 von allen Verbandsmitgliedern ein Extrabeitrag in Höhe von einem doppelten Tagelohn erhoben werde. Dieser Antrag wurde mit großer Begeisterung angenommen, da wir unbedingt dafür Sorge tragen müßten, in dem uns bevorstehenden Kampfe die Kollegen gegebenenfalls monatlang unterstützen zu können, um eine durchgreifende Verbesserung unserer Lebenshaltung durchzuführen zu können, zu der uns die allgemeine Forderung und die noch bevorstehende weitere Preissteigerung zwingt. Zur Förderung der Reichstagswahlen im Sinne der organisierten Arbeiterklasse wurde beschlossen, dem Agitationskomitee für Hessen-Kassau  $\mathcal{M}$  1200 zu überweisen mit der Bedingung, den Wahlkreisen Frankfurt a. M., Friedberg-Weidungen, Hannau-Gelnhausen-Orb, Höchst-Homburg-München und Offenbach-Dieburg je  $\mathcal{M}$  200, den Wahlkreisen Darmstadt-Gr.-Oderan und Gebau-Bensheim, je  $\mathcal{M}$  100 zuzuschicken. Der Schluß wurde noch zur regen Agitation und Wahlbeteiligung für die Sozialdemokratie aufgefordert und beschlossen, am 25. Januar, dem Tage der Wahl, Mittags um 12 Uhr, auf allen Wauhallen Feiernabend zu machen.

Am 30. Dezember tagte eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Zählstelle Langen. Der Vorsitzende erläuterte den Geschäftsbereich. Die Mitgliederzahl ist von 345 im Jahre 1905 auf 387 im Jahre 1906 gestiegen. Die Beitragszahlung stieg von  $\mathcal{M}$  775,40 im Jahre 1905 auf  $\mathcal{M}$  880,30 im Jahre 1906. 348 Kollegen hatten ihre Beiträge voll gezahlt und 19 Kollegen sind mit ihren Beiträgen im Rückstand. Die restierenden Kollegen verpflichteten sich, im Laufe des Winters ihren Verpflichtungen nachzukommen. 13 Mitgliederversammlungen und 13 Vorstandssitzungen fanden im Berichtsjahre statt. Die Versammlungen waren einmütigen zum Besuche. Durch Stempelkontrollen der Versammlungsbesucher war es uns möglich, diejenigen Kollegen bekannt zu geben, die an den Versammlungen nicht teilgenommen hatten. Dies rief jedoch bei mehreren Kollegen, die sonst immer durch ihre Abwesenheit glänzen, eine sehr lebhaft Debatte hervor. Das erfreuliche Wachsen unserer Zählstelle zeigen folgende Jahreserhebungen: 1903 hatten wir an Mitgliederbeiträgen zu verzeichnen  $\mathcal{M}$  473,95, 1904:  $\mathcal{M}$  604,30, 1905:  $\mathcal{M}$  775,40, 1906:  $\mathcal{M}$  880,30. Einmütig wurde dem Kassierer und dem Vorstand Bedanke erteilt. 95  $\phi$  aller hiesigen Maurer sind organisiert. Großenteils sind es ältere Kollegen, die uns noch fernbleiben. Es folgte nun die Wahl von Delegierten zum Verbandstag. In 'Verschiedenes' wurde hauptsächlich auf die Reichstagswahl hingewiesen und alle Kollegen ermahnt, kräftig an der Agitationsarbeit teilzunehmen, damit der 25. Januar ein großer Siegestag der sozialdemokratischen Partei werde.

Ein unregelmäßiger Verbandstag war der Maurer. Fr. Scherber aus Nieder-Horsbadi. Im Frühjahr 1905 wurde ihm in einer Versammlung in Nieder-Horsbadi von seinen Kollegen das Vertrauen schenkt, als Untersekretär für die dort errichtete Filiale des Maurerverbandes zu funktionieren. Im ersten Quartal ging die Sache gut. Im zweiten aber verlor es Scherber, durch allerlei Schwindelmänner und Lügen das Vertrauen von eingegangenen Mitgliedern an den Zweigverein bis Ende Juni hinauszuziehen. Als nun auf wiederholtes Drängen seitens des Zweigvereinskassierers nichts einging, wurde die Sache an Ort und Stelle unterlegt. Es stellte sich heraus, daß von dem einfältigen Gebe sehr wenig vorhanden war. Die unersorgliche Summe betrug  $\mathcal{M}$  200. Scherber versprach, nachdem er einen Schuldschein unterschrieben und sein Fahrrad zum Pfande gegeben hatte, das Geld nach und nach abzugeben. Er hielt aber sein Wort sehr schlecht; nur wenig zahlte er ab. Die Angelegenheit wurde dann im Herbst 1906 der Staatsanwaltschaft übergeben. Scherber war aber inzwischen zum Militär eingezogen. Deshalb wurde die Sache am 21. Dezember vorigen Jahres vor dem Kreisgericht in Frankfurt a. M. verhandelt. Hier beschuldigte Scherber seine Eltern des Diebstahls. Durch seinen eigenen Bruder wurde aber bezogen, daß dies aus wieder eine seiner betannten Lügen sei. Es wurde vielmehr festgestellt, daß er seiner Braut Geschenke gemacht und auch sonst splendid gewesen sei. Nachdem der Kassierer S. Scherber die Sache nochmals genau dargelegt hatte und Scherber dieses als wahr anerkennen mußte, kam das Gericht zur Beurteilung Scherbers zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Die fehlende Summe betrug noch nach Abzug

des Fahrtbades, das mit  $\mathcal{M}$  70 bezahlt wurde,  $\mathcal{M}$  130. Auf unsere Kollegen, die ein solches Amt annehmen und denen das Vertrauen von den übrigen Kollegen geschenkt wird, sollten sich dieses Urteils zur Warnung dienen lassen. Nicht allein, daß die Organisation dadurch geschädigt wird, auch der Kollege selbst ist auf sein Leben lang mit einem Makel behaftet, der für ihn in seinem späteren Fortkommen von großem Nachteil sein kann.

**Hannover.** Der hiesige Zweigverein hielt am 8. Januar eine außerordentliche Generalversammlung ab, um die Delegierten zum Verbandstage zu wählen. Es wurden die Kollegen Wahmann, Meißner und Dillhoff gewählt. In 'Verschiedenes' brachte Kollege Müller den Antrag ein, dem Verbandstage in Anbetracht der drohenden Aussperrung zu empfehlen, für dieses Jahr eine Extraktur in angemessener Höhe einzuführen. Nach kurzer Debatte wurde einstimmig beschlossen, unsere Delegierten zu beauftragen, dafür einzutreten, daß dieses Jahr 20 Wochen lang ein Extrabeitrag von 25  $\phi$  gezahlt wird, der aber in einer Einheitsmarke mit zu guttieren ist. Ferner wurde ein Antrag Streuers beschlossen, dem Sekretariat des sozialdemokratischen Wahlvereins der Provinz Hannover  $\mathcal{M}$  300 zu überweisen.

**Seiningsdorf.** In unserer Mitgliederversammlung am 6. Januar wurde zunächst eine Lohnkommission gewählt, die für dieses Jahr einen Tarifvertrag mit der Hauptbetriebe, neunstündige Arbeitszeit und 65  $\phi$  Stundenlohn, auszuhandeln hat. Danach entspann sich über den Punkt: Delegiertenwahl zum Verbandstag, eine lebhaft Debatte, die damit endete, daß in Rücksicht auf die ungleichmäßige Stärke der Vereine innerhalb unseres Wahlbezirks von der Wahl Abstand genommen wurde, da wir doch nicht ausschlaggebend sein können. Folgende Resolution, die als Antrag zum Verbandstag eingebracht wurde, wurde dann einstimmig angenommen: 'Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit der jetzigen Einteilung der Wahlabteilungen für die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag nicht einverstanden und beantragt hiermit, daß in Zukunft die Wahlabteilungen für die Wahlen der Delegierten zum Verbandstag nur solche Vereine vereinigt werden, die an Mitgliederzahl wenigstens annähernd gleichgestellt sind, damit auch die kleineren Zweigvereine im Hande sind, ihre Interessen durch Delegierte vertreten zu lassen.' Sollte dieser Antrag nicht angenommen werden, so stellt der hiesige Verein den Antrag, daß in Zukunft die Zweigvereine einer Wahlabteilung verpflichtet werden, sich in einer gemeinsamen Versammlung über die aufzustellenden Kandidaten zu einigen, damit nicht (wie es in unserer Wahlabteilung der Fall ist, wo Spandau 443, Nauen 79 und Seiningsdorf 52 Mitglieder hat) der größere Verein allein die Kandidaten stellen kann, sondern auch die kleineren Vereine bei der Auffstellung der Kandidaten das Recht haben, mitzubereiten. Darauf gab der Kassiererelegierte Bericht von der letzten Kartelltagung und forderte hieran anschließend die Kollegen auf, etwaige Unregelmäßigkeiten, die die Gesundheit des Arbeiters schädigen oder sonst die öffentliche Ordnung gefährden (sei es auf Bauten, in Fabriksbetrieben oder sonst irgendwo), sofort dem Kartellvorstand zu melden, damit das Kartell die Sache untersuchen und eventuelle Abhilfe schaffen kann. Nachdem noch für den sozialdemokratischen Wahllohn  $\mathcal{M}$  10 aus der Lokalfasse bewilligt worden waren, forderte zum Schluß der Vorsitzende die Kollegen auf, sich an der Agitation zur bevorstehenden Reichstagswahl recht kräftig zu beteiligen.

**Duisburg.** Dienstag, den 8. Januar, hielt der hiesige Zweigverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Nachdem ein Mitglied neu aufgenommen war, erstattete Kollege Gernold als Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal 1906. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme und Ausgabe von  $\mathcal{M}$  373,55, die Lokalfasse hatte eine Einnahme von  $\mathcal{M}$  286,20 und eine Ausgabe von  $\mathcal{M}$  166,65, somit Kasfenbestand  $\mathcal{M}$  99,55. Da die Abrechnung revidiert und für richtig befunden worden war, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt. Der Jahresbericht wurde vom Kollegen Hoffmann gegeben. Nach dem Bericht sind in verfloffenen Jahre 26 ordentliche Versammlungen, eine außerordentliche Versammlung und vier Vorstandssitzungen abgehalten worden. Mit großer Genehmigung wurde vom Vorsitzenden darauf hingewiesen, daß sich unsere Gewerkschaft bei der letzten Meisterlohn so recht beteiligt habe; er sprach den Wunsch aus, daß in diesem Jahre sich alle Kollegen daran beteiligen müßten. Als Entschädigung für den ersten Vorstehenden wurden in diesem Jahre  $\mathcal{M}$  15, für den Kassierer 3  $\phi$  von sämtlichen Einnahmen und für den Schriftführer  $\mathcal{M}$  10 festgesetzt. Der zweite Kassierer, der auch zugleich Vize ist, erhält als Belohnung 25  $\phi$  pro Monat im mittleren Lohn für jedes Quartal und die stellvertretende 30  $\phi$  Sitzungsgelder für jede Sitzung. Hierauf wurde als erster Vorsitzender Kollege Johannes Hoffmann und als erster Kassierer Kollege Mor Heinelein gewählt. Nachdem jetzt noch eine aus fünf Kollegen bestehende Lohnkommission gewählt worden war, wurde beschlossen, zum 14. Mai, wo der Lohnarif abgelaufen ist, 65  $\phi$  Lohn bei 9stündiger Arbeitszeit zu fordern. In 'Verschiedenes' wurde dem Wahllohn zur Reichstagswahl  $\mathcal{M}$  30 aus der Lokalfasse überwiesen. Hierauf machte Kollege Ström als Beauftragter der Wahlkommission zum 9. Verbandstage in Göttingen bekannt, daß sämtliche anwesende 87 Kollegen ihre Stimmen für unsere Kandidaten-Kollegen Hoffmann abgegeben haben. Zum Schluß wurden folgende Anträge an den Verbandstag gestellt: 1. Der Verbandstag möge beschließen, daß die Karenzzeit bei der Krankenunterstützung von sieben auf drei Tage herabgesetzt wird; 2. daß die Frau eines Kollegen bei irgend einem Unfall vom Verbands-Reichstagswahl erhält; 3. bei Aufhebung eines Streiks sind die drei nächstliegenden Zweigvereine zur Beschlußfassung hinzuzuziehen.

**Karlruhe-Würzburg.** Nach allgemeinem Gebrauch hielten wir am 6. Januar unsere Generalversammlung ab, die jedoch zu ihrer Veranlassung hätte besser besucht sein sollen, um ihren Namen zu verdienen. Die allgemeine Regelung des Lokalunterstützungswesens wurde ziemlich viel Staub auf. Es wurde schließlich eine Kommission von sieben Mitgliedern gewählt, um die kritischen Paragraphen eingehend zu beraten und der nächsten Versammlung zur Abstimmung vorzulegen. Bei der Wahl der Verwaltung wurde Johann Buxart als Vorsitzender, Nikolaus Ded als zweiter Vorsitzender und Leo Kattner als Kassierer gewählt. Vom Kassierer wurde folgender Antrag an den Verbandstag gestellt: 'Der Verbandstag möge beschließen, daß diejenigen Kollegen, die dem Verbands unterbrochen zwei Jahre angehören, auch dann Krankenunterstützung er-

halten, wenn sie auch zur Zeit nicht einer der gesetzlichen Krankenkassen angehören und Krankengeld nicht beziehen, sondern nur im Besitz eines ärztlichen Attestes sind, das noch vom Vorstande der in Betracht kommenden Zählstelle zu beglaubigen ist.' Zu übrigen bleibt es dem zu wählenden Delegierten überlassen, wie er sich zu den Anträgen, die dem Verbandstage vorliegen, stellen will.

Die Zählstelle Eppingen hielt am 6. Januar ihre regelmäßige Generalversammlung ab, die gut besucht war. Der Vorstand begrüßte die Versammlung und dankte für den zahlreichen Besuch. Die Abrechnung vom Jahre 1906, die von zwei Kollegen geprüft war, wurde bestätigt. Bei der Wahl der Verwaltung wurden wieder gewählt als erster Vorsitzender Franz Anders als Kassierer-Wilh. Beder. Dann erstattete der zweite Vorsitzende, Karl Höge, Bericht über die am 30. Dezember in Karlsruhe abgehaltene Bezirkskonferenz.

**Kulmbach.** Am 6. Januar tagte in dem Lokale der Witwe Knitts die Generalversammlung des hiesigen Zweigvereins. Sie war in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung sehr lebhaft besucht, mochte sich der Vorsitzende Kollege Weiß, unbillig aus. Die Interessiertheit der Kollegen ist u. a. darauf zurückzuführen, daß sich noch sehr viele in den verschiedenen Kämmbetrieben herumtreiben, wo sie doch nur gebildet werden, um bei den Wahlen als Stimmabgeber oder bei 'patriotischen' Feste als Kuriositäten zu fungieren. Es wurde dann zur Wahl eines Delegierten zum 9. Verbandstage geschritten. Als solcher wurde Kollege Joh. Hofmann in Vorrang gewählt. Bei der Vorstandswahl wurde Kollege Weis als erster Vorsitzender einstimmig wiedergewählt und als Kassierer Johann Landgraf II. Zum Schluß machte der Vorsitzende auf die bevorstehende Reichstagswahl aufmerksam und ermahnte die Kollegen, sich recht zahlreich an der Verteilung der Stimmzettel und Flugblätter zu beteiligen.

**Kauterberg.** Sonntag, den 6. Januar, hielten wir eine Generalversammlung im Saale des Herrn Galtwitz Baumann, Osterlagen, ab, da wir nicht im Stande waren, in Bartoltsbe eine Saal zu bekommen. Die Kollegen waren zahlreich erschienen. Kollege Barnstorf war als Referent zugegen. Es wurde zur Gründung des Zweigvereins Kauterberg geschrieben. Es wurden gewählt: August Willig als Vorsitzender und Ewald Beder als Kassierer. Sodann wurde einstimmig beschlossen, den Stundenlohn von 32  $\phi$  auf 40  $\phi$  zu erhöhen. Als Delegierter zum Verbandstag wurde Kollege Ilse-Göln gewählt. Die nächste Versammlung wird im 'Grundstein' veröffentlicht.

**Rienitz.** Seine diesjährige Generalversammlung hielt der hiesige Zweigverein am 8. Januar ab. Kollege Köhner gab den Jahresbericht. Bei Beginn des Jahres haben viele Kollegen ziemlich ruhig in die Zukunft, denn in den letzten zwei Jahren waren beide Lohnkämpfe verloren gegangen und wir mußten uns zu einem dritten Kampfe rüsten. Als aber im Frühjahr die Konjunktur begann, zeigte es sich, daß sich die Unternehmer in den beiden vergangenen Jahren totesgelegt hatten. Sie warteten das Einreichen von Forderungen nicht erst ab, sondern teilten unsern Vorstehenden mit, daß sie bereit seien, Frieden zu schließen. Bezeichnend für die Wandlungen im Arbeitergebirde war es, daß unser Vorsteher mit lieber Freund stilisiert wurde. So kam es denn zum Abschluß des Vertrages, der uns bis 1908 den Frieden sichert. Auch in unseren Hilfsstellen wurde der Lohn wesentlich erhöht, so in P a r c h w i k von 28  $\phi$  auf 36  $\phi$ , und in U b e n von 32  $\phi$  auf 37  $\phi$ ; in diesem Orte wurde auch eine Verkürzung der Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden festgesetzt, doch gelang es der Überlebendensunft der Unternehmer, die Kollegen innerhalb acht Tagen von der Notwendigkeit der eiführenden Arbeitszeit zu überzeugen. Dies ist für die Kollegen recht beschämend. Im vergangenen Jahre gelang es auch zum ersten Male, die Arbeitsruhe am 1. Mai durchzuführen. Zu einem höchsten Punkt artete der am 6. Mai begonnene Bauarbeiterstreik aus, indem man versuchte, für den unglücklichen Ausgang der Bewegung dem Maurerverband die Schuld aufzuhalsen. Die Entwicklung unseres Zweigvereins nach innen und außen ist gut. Unsere Mitgliederzahl stieg von 357 bei Beginn auf 524 am Schluß des Jahres. Eingetreten sind im Laufe des Jahres 174; davon haben 56 erhöhtes Eintrittsgeld bezahlen müssen. Die Geschäfte des Zweigvereins wurden erledigt in 22 Mitglieder-, einer General- und drei öffentlichen Versammlungen; außerdem mußte der Vorstand noch 34 Sitzungen abhalten. Welchen Aufschwung der Zweigverein genommen hat, sieht man auch an den Kasfen-geschäften. Es wurden im Laufe des Jahres 1779  $\phi$  Beitragsmarken umgesetzt. Die Gesamteinnahme für die Hauptkasse betrug  $\mathcal{M}$  6802,45, wovon am Orte  $\mathcal{M}$  2257,64 vorauszahl wurden. Bis 1. Juli wurden bloß 5  $\phi$  Lokal-zuschlag gezahlt; von da an 10  $\phi$  Lokalszuschlag pro Woche. Die Gesamteinnahme der Lokalfasse betrug inklusive  $\mathcal{M}$  255,56 Kasfenbestand vom vorigen Jahre  $\mathcal{M}$  3155,43, der eine Ausgabe von  $\mathcal{M}$  1791,80 gegenübersteht, so daß am Schluß des Jahres  $\mathcal{M}$  1353,88 Bestand waren. Auch auf politischem Gebiete ist eine Verbesserung zu verzeichnen. Zu Beginn des Jahres waren nur 83 Kollegen politisch organisiert, am Schluß des Jahres betrug die Zahl über 200. Zur ganzen kann man mit der Entwicklung zufrieden sein. Kollege Köhner wünschte, daß alle Kollegen im neuen Jahre fleißig mitarbeiten, dann werde der Erfolg noch größer sein, so daß wir 1908 wieder einen frischen Kampf aufnehmen können. Abschluß gab der Kassierer Kollege Wabude den Quartalsbericht. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde Kollege Köhner als Vorsitzender, Kollege Wabude als Kassierer einstimmig wiedergewählt. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage wurde Kollege Köhner gewählt. Auch stellte der Zweigverein den Antrag, für 1907 Extrabeitrag für die Dauer von fünf Monaten zu beschließen. Zum Schluß wurde aufgefordert, im neuen Jahre die Versammlungen besser zu besuchen und mitzuarbeiten an der Entwicklung der Organisation, denn die Zukunft wird uns große Kämpfe bringen und die Organisation muß sie siegen.

**Meisburg.** Am 6. Januar fand die regelmäßige Mitgliederversammlung des hiesigen Zweigvereins statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag des Kollegen B. Meisburg über: 'Die kulturelle Bedeutung der Zer-



Hirzung der Arbeitszeit; 2. Wahl eines Delegierten zum Verbandstage; 3. Wahl des Vorstandes; 4. Verschiedenes. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Hr. Braal, als Kassierer Eggert. Als Delegierter zum Verbandstage wurde der Kollege Meier gewählt. Unter Verschiedenes erfolgte die Aufnahme zweier Mitglieder. Zum Schluss erfuhr der Kollege Meierburg die Mitgliedschaft, am 25. Januar alle ihre Pflicht zu erfüllen, worauf einstimmig beschlossen wurde, am Wahltag die Arbeit vollständig ruhen zu lassen; ferner sei jeder Kollege moralisch verpflichtet, sich am 25. Januar fröhlich an der Agitation zu beteiligen. Die Versammlung war gut besucht.

**Meuselwitz.** Die Sonntag, den 4. Januar, hier abgehaltene Generalversammlung beschäftigte sich mit der Wahl eines Delegierten zum Verbandstage. Nach längerer Debatte wurde unser Vorsitzender, Kollege Geringswald, als Delegierter zum Verbandstage gewählt. Die Übertragung vom vierten Quartal verlesen. Die Übertragung vom vierten Quartal wurde vom Kollegen Wolter beanstandet, wie er es auch schon mit der Übertragung vom dritten Quartal getan hatte, indem er meinte, die Verwaltung habe von der Einnahme anfangs 3 pSt. 5 pSt. erhalten. Auf Antrag des Kollegen Wolter wurde eine dreigliedrige Kommission gewählt, die die Übertragung vom dritten und vierten Quartal revidieren soll. Hierauf erstattete der Vorsitzende Bericht über die Mitgliederbewegung im Jahre 1906. Sodann wurde die Wahl des Gesamtverbandes vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Geringswald gewählt. Die Wahl eines Kassierers wurde auf Antrag des Kollegen Wolter vertagt. In Verschiedenes brachte der Kollege Gräfe zur Sprache, die etwa dem Militärverein angehörenden Kollegen aufzufordern, aus dem Verein auszutreten. Dann wurde vom Kollegen Wolter ein Antrag gestellt, dem sozialdemokratischen Wahlkomitee 80 zu bewilligen. Dieser Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen.

**Oberschlesien.** Am 4. Januar tagte in Rastow (Kreis Cosel) eine Mitgliederversammlung. Kollege Koch-Ostroski referierte über die Vertragsverhandlung für das Jahr 1907. Am Schluss seiner Ausführungen kam er zu dem Resultat, daß es gar nicht zu umgehen sei, für 1907 einen doppelten Beitrag in der Höhe von M. 8,80 in Oberschlesien zu erheben; er wünschte, daß dies in Form eines Antrages an den Verbandstag gestellt werden möge. Die Ausführungen des Kollegen Koch wurden mit starkem Beifall aufgenommen und einstimmig nach keinem Wunsch beschlossen.

Am 6. Januar tagte in Radoschau Kreis (Cosel) eine Mitgliederversammlung, die von allen Kollegen besucht war. Kollege Koch aus Ostroski referierte über die Vertragsverhandlung für das Jahr 1907. Die Ausführungen des Kollegen Koch wurden mit starkem Beifall aufgenommen und beschlossen, diesen Antrag dem Verbandstage zu unterbreiten. Der Verbandstag, der 1907 in Gönin zusammentritt, wird beschließen, daß für das Jahr 1907 eine Erhöhung von M. 8,80 pro Mitglied in Oberschlesien zu erheben ist.

Am 3. Januar tagte in Salla (Kreis Cosel) eine Mitgliederversammlung, die von allen Mitgliedern besucht war. Nach einem Referat des Kollegen Koch aus Ostroski über die Vertragsverhandlung für das Jahr 1907, wurde auch hier der obige Antrag beschlossen.

Am 6. Januar tagte in Dirschel eine gut besuchte Mitgliederversammlung, in der Kollege Waide zugegen war. Er referierte über die Kämpfe, die uns im Jahre 1906 bevorstehen, und kam zum Schluss zu dem Ergebnis, daß wir danach trachten müssen, uns im Frieden zum Kampfe zu rüsten, dem auch von den Kollegen zugestimmt wurde. Der Kollege Proste stellte den Antrag, daß ein jeder Kollege für das nächste Jahr einen Zuschuß von M. 9 zu den sonstigen Beiträgen zu zahlen hat, was auch von den Kollegen angenommen wurde. Dann gab Kollege Waide einen kurzen Bericht über das Agitationsgebiet Dirschel und Umgebung. Er meinte, es sei notwendig, daß in Dirschel ein Zweigverein gegründet werde. Nach längerer Diskussion wurde die Gründung eines Zweigvereins beschlossen. Es wurden gewählt als erster Vorsitzender Johann Proste, als erster Kassierer Johann Wölter.

**Proßkolla.** Am 6. Januar tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung, die, der Tagesordnung angemessen, hätte besser besucht sein können; von 62 Mitgliedern waren 19 bei Beginn der Versammlung anwesend, und dabei hatte der Vorsitzende jedes einzelne Exemplar des „Grundstein“ mit einem Briefchen versehen, um die Kollegen nochmals auf die Versammlung aufmerksam zu machen. Die Kollegen müssen mehr Interesse an den Tag legen und nicht bloß Mitläufer der Organisation sein. Besonders die auswärtigen Kollegen (Gräfenhain) ausgeschlossen) sind immer am schlechtesten vertreten. Bei der Delegiertenwahl erhielt Kollege Hermann Hübler aus Saalfeld a. d. S. 9 und Kollege Robert Saalfeld aus Saalfeld 10 Stimmen. Dann wurde zur Vorstandswahl geschritten und Kollege Seidel als erster Vorsitzender, Friedrich Säuberlich als Kassierer gewählt. Das seitheilige Vereinslokal wurde beibehalten. Dann wurde einstimmig beschlossen, für dies Jahr in eine Lohnbewegung einzutreten und die Lohnkommission beauftragt, das Weitere zu veranlassen. Zum Verbandstag wurden folgende Anträge angenommen: Den Verbandstag zu ersuchen, Gelder aus der Hauptkasse zu bewilligen, um die Agitation auf dem Thüringer Wald besser zu betreiben; den § 32 und 32 a dahin zu ändern, daß die Unterpflanzung das ganze Jahr gewährt und die Karenzzeit von 80 auf 40 Wochen reduziert werde. Zum Schluss wurde unseren Kollegen noch die Reichstagswahl ins Gedächtnis gerufen. Am 17. Februar, Abends 8 Uhr, findet eine Versammlung mit gemütlichem Beisammensein bei Amann's Oschwald, Proßkolla, statt, zu der auch die Frauen mitzubringen sind. Kollege Schenk aus Erfurt wird einen Vortrag halten über: „Zweck und Nutzen der Organisation“, damit die Frauen auch einmal einen Einblick davon bekommen.

**Hegensberg.** Am 6. Januar tagte unsere stützende Generalversammlung. Der erste Vorsitzende erstattete Bericht über seine Tätigkeit während des letzten Jahres. Es fand 43 Mitgliederversammlungen, 19 öffent-

liche Versammlungen durch die Referenten Merkel, Engelhard, Ulrich und Kanda abgehalten worden; in einer Versammlung war Kollege Silbermann anwesend. Der Kassierer brachte hierauf den Vereinsthatsbericht und Jahresrapport zur Verlesung, der M. 1274,57 Einnahme gegenüber M. 1009,80 Ausgabe aufweist, so daß ein Ueberschuß von M. 264,77 zu verzeichnen ist, von dem M. 100 in der städtischen Sparkasse angelegt wurden. Dem vorerwähnten Kollegen Meier wurde durch Erheben von den Einnahmen die letzte Ehre erwiesen. In den Vorstand wurden gewählt: als erster Vorsitzender Josef Waide, als erster Kassierer Johann Sörg. Als Delegierter zum neunter Verbandstage wurde Josef Rabda gewählt. Es wurde dann beschlossen, die Beiträge nächstens um 10 % zu erhöhen, um der für das Jahr 1908 geplanten Ausperrung energisch entgegenzutreten zu können. Kollege Rabda hielt dann einen Vortrag über die bevorstehenden Reichstagswahlen und brachte zur Ausführung, daß sich die Kollegen an der Wahl beteiligen und nur Sozialdemokraten wählen sollen, da sich das Zentrum oder eine andere Partei um die Arbeiter nicht kümmert und auch nichts dafür tut oder dafür getan hat. Die anderen Parteien seien nur darauf bedacht, immer neue Fülle und Steuern zu schaffen, um das Militär, die Marine und Kriegsschiffe vermehren zu können. Mit einem Hoch auf den Zentralverband und die Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Die Mitgliederzahl betrug am 6. Januar d. J. 408.

**Saarland.** Der hiesige Zweigverein hat den Unternehmern die Forderung gestellt, vom 1. April d. J. an die neunstündige Arbeitszeit einzuführen und 60 % Stundenlohn zu zahlen. Diese Forderung ist von den Unternehmern laut Vertrag anerkannt worden. Der Lohnstreit umfaßt die Ortschaften Saarland, Werhölz, Wittelsdorf, Schenkenhof, Window, Alrensdorf und Hothof. Die Kollegen werden ersucht, den Vertrag aufrecht zu erhalten.

**Torgau.** Sonntag, den 6. Januar, tagte hier eine Mitgliederversammlung des Zweigvereins. Hierzu wurde den Kollegen vom Vorsitzenden ans Herz gelegt, in diesem Jahre noch fröhlicher zu agitieren als im verfloffenen, da Jahre in der Stadt noch einige Junggesellen vorhanden, die nicht organisiert seien. Wenn es die Konjunktur in diesem Jahre erlaubt, so solle die im vorigen Jahre verschobene Forderung ausgedrückt werden. Weiter wurde auf die bevorstehende Reichstagswahl hingewiesen und die Kollegen ermahnt, ihre Mitglieder dabei nicht zu vergessen. Von einer Delegiertenwahl wurde Abstand genommen, weil ein Antrag über sonstige Angelegenheiten, die den Verbandstag beschäftigten, formen, im Vereinsgebiet nicht vorliegen, und um den anderen Zeitstellen im Wahlbezirk, welche vielleicht Anträge zu stellen haben, keine Schwierigkeiten zu bereiten. Weiter wurde dem Vorsitzenden der Antrag gestellt, daß diejenigen Kollegen, die in der beitragsfreien Zeit in einer Woche drei Tage im Maurergerwerbe arbeiten, einen Kolalobertag von 10 % pro Woche zu zahlen haben, der durch Marken quittiert wird. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Dieser Beschluß tritt am 7. Januar in Kraft. Alle nicht anwesend gewesenen Kollegen haben sich diesem Beschluß zu fügen.

**Triebs.** Am 6. Januar hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Versammlung ab, die in Anbetracht der wichtigen Tagesordnung hätte zahlreicher besucht sein können, zumal der Vorsitzende die Versammlung durch Handzettel bekannt gegeben hatte. Der Jahresbericht für 1906 wurde von dem Vorsitzenden erstattet. Hierauf verlas der Kassierer die Übertragung vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung, worauf ihm Bedanke erteilt wurden. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Bruno Wieduwild, erster Vorsitzender; Emil Geinig, Kassierer. Zum Vertrauensmann für Solenleuten wurde Kollege Lois Ebert gewählt. Als Delegierter zum Verbandstag wurde unser Vorsitzender Bruno Wieduwild, mit 49 von 50 abgegebenen Stimmen gewählt. Für die Reichstagswahl wurden als erste Rate M. 10 bewilligt. Den säumigen Versammlungsbesuchern möchten wir anraten, in die Mitgliederversammlung zu kommen und ihre Interessen zu vertreten. Das ist viel besser, als nach der Versammlung die Beschüsse zu kritisieren.

**Waisrode.** Am 6. Januar tagte unsere ordentliche Mitgliederversammlung. Zunächst wurde das Angebot der Unternehmer auf unsere Forderung verlesen. Sie bieten 42 % Stundenlohn, 47 % für Ueberstunden und 50 % für Winterarbeiten vom 1. März d. J. an. Wir fordern dagegen einen Stundenlohn von 45 %, 50 % Zuschlag für Ueberstunden und 20 % Zuschlag für Sonntagsarbeit. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, in Rücksicht auf das Entgegenkommen der Unternehmer nicht streng an der Forderung festzuhalten, sondern noch einmal zu verhandeln. In unserer Versammlung am 9. Januar wurde dann beschlossen, vom 1. März an einen Stundenlohn von 43 % zu fordern, der sich am 1. Juli auf 45 % erhöhen soll. Der Zuschlag soll 10 und 20 % betragen. Die Unternehmer sollen bis 1. Februar antworten. Als Kandidat für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag wurde einstimmig der Kollege F. Bode in Vorschlag gebracht. Bei der Vorstandswahl wurden die Kollegen August Wankowski als erster Vorsitzender und W. Meier als erster Kassierer gewählt.

**Würgen.** Sonntag, den 6. Januar, fand hier eine gut besuchte Maurerverammlung im „Schützenhaus“ statt. Zum ersten Punkt gab der Kollege Hofmann den Bericht über die früheren Verhandlungen mit den Unternehmern über die Lohnfrage. Nach längerer Debatte beschloß die Versammlung, für das Jahr 1907 und 1908 52 % Stundenlohn zu fordern. Bei der Wahl eines Delegierten zum Verbandstag wurden die Kollegen Hob. Hofmann-Würgen und Emil Gahn-Grinna vorgeschlagen. Kollege Hob. Hofmann erhielt 47 und Kollege Emil Gahn 11 Stimmen. Hierauf wurde der Antrag gestellt, von der Fabrikliste Dresden den Ausschluß der Kollegen von Dresden, die in Würgen einen Neubau im Afford ausgeführt haben, zu fordern, da bei uns die Affordarbeit verboten ist. Ferner beschloß die Versammlung, an die sozialdemokratische Partei M. 100 aus der Kassa für die Reichstagswahl zu geben. Die Versammlung beschloß, die Kollegen Wieduwild, Meier und Altermann, welche während der Paulvere 1906 beim Unternehmer Lehmann-Dreher gearbeitet haben, wieder in den Verband aufzunehmen. Als Delegierte zum Gewerkschaftsrat wurden

die Kollegen Hob. Hofmann und Emil Grimmer wiedergewählt. Hierauf schloß Kollege Hofmann die Versammlung mit der Aufforderung, bei der künftigen Reichstagswahl fröhlich mitzuwirken.

**Zwickau.** Am 6. Januar tagte unsere diesjährige Generalversammlung, die ziemlich gut besucht war. Der Vertrauensmann, Kollege Jettel, gab zunächst einen Ueberblick über das verfloffene Jahr. Er führte aus, daß das verfloffene Jahr gegenüber den früheren Jahren ein hartes war; denn die Kollegen hatten einen 14wöchigen harten nädigen Streik durchzuführen. Dadurch, daß die Stadt in zehn Bezirke eingeteilt und in jedem ein Führer ernannt wurde, haben sich die Verbandsgeschäfte besser erledigen lassen. Ueberhaupt sei der Organisation durch diese Einrichtung großer Vorteil erwachsen. Nach Besichtigung des Streiks war noch manches mit den Unternehmern zu regeln, bis unsere Forderungen, zehnstündige Arbeitszeit und 42 % Stundenlohn, voll zur Geltung kommen. Der Kassenbericht ergab folgendes Bild: Die Gesamteinnahme an Beiträgen betrug M. 7041,15 (demnach gegen das Vorjahr rund M. 1800 mehr), davon wurden an die Hauptkasse M. 3417,24 abgelehnt, so daß am Orte, nach Abzug des geleisteten Kranken- und Sterbegeldes, M. 3386,20 verblieben. Diese Summe ist bis auf M. 649,84 Kassenbestand vorausgab worden: für den Gau M. 157, für die Arbeit M. 86, für Kolportage M. 478,85, für Porto M. 141,78, für Schreibeaterial M. 31,40, für Anwesenheit M. 528, an den Druckereien M. 68,90, an den Vorsitzenden M. 54,17, an Kassierer im ersten und zweiten Quartal M. 54,17, an Sitzungsgeldern M. 33,75, für einen Belegfälligkeitensapparat M. 68,25 und für sonstige Bedürfnisse, nur wünschenswert als Meßvorbestimmte die Kassenbuchführung nicht eher wieder er, daß der Vorsitzende den Kolportagen nicht eher wieder Marken ausständig, bis die alten bezahlt sind; dann könne es nicht vorzukommen, daß z. B. 200 unterzulegen würden. Bei der Reuamkeit der Verwaltung kam es zu einer lebhaften Debatte. Es handelte sich darum, ob eine besoldete Person angestellt werden solle oder nicht. Verschiedene Redner waren dafür, mit der Anstellung eines besoldeten Mannes zu warten, bis unsere Kollegen nur aber eine gefüllte Kasse nicht so lieb als eine besoldete Person. Mit 91 gegen 89 Stimmen wurde die Anstellung beschlossen. M. 1850 für Kollege Jettel. Als Delegierter zum Verbandstag wurden M. 100 überwiesen. Mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

**Beiträge zum Lehrlingswesen. Gau Dresden.**

Nachdem einige Kollegen, ganz besonders Silbermann, sich ziemlich ausführlich über das Lehrlingswesen geäußert haben und im Gau Dresden die Sache nicht so glänzend liegt, beschränke ich mich auf die Wiedergabe der Statistik.

Lohnbezirk	Zahl der unternehmer übernehmenden Lehrlinge	Zahl der Lehrlinge, die in der Lehre sind	Zahl der Lehrlinge, die in der Lehre sind	Zahl der Lehrlinge, die in der Lehre sind	Zahl der Lehrlinge, die in der Lehre sind	Zahl der Lehrlinge, die in der Lehre sind	Zahl der Lehrlinge, die in der Lehre sind	Zahl der Lehrlinge, die in der Lehre sind	Zahl der Lehrlinge, die in der Lehre sind	Die Lehrlinge erhalten an Stundelohn im M.		Zahlen die Lehrlinge in der Lehre sind?
										1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.	1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10.	
Mittelelbe...	3	8	21	8	21	8	11	17	24	2		2
Waisrode...	15	15	242	8	156	15	10	15	18	5		2
Dresden Stadt	135	108	292	144	928	126	10	15	20	23		23
" II	28	26	182	148	18	10	16	20	2			2
" III	16	16	206	8	132	22	10	12	15	7		7
" IV	15	15	98	2	17	4	12	18	25	3		3
ohne Beitr.	18	17	272	7	177	13	10	12	20	2		2
Dubrowitz...	7	7	86	6	78	10	13	20	26	5		5
Freiberg	28	24	328	15	253	39	15	20	28	6		6
Freiberg	8	7	85	8	43	6	12	15	22	6		6
Gräfenhain	12	12	209	10	166	27	9	12	14	10		10
Gräfenhain	5	5	26	2	23	10	8	10	12	4		4
Gräfenhain	3	3	144	2	131	2						
Gräfenhain	13	12	818	11	810	83	8	10	18	23		23
Gräfenhain	1	1	10	1	10	1						
Gräfenhain	3	3	52	2	45	4	10	12	15	3		3
Gräfenhain	4	3	134	8	134	30	12	15	18	15		15
Gräfenhain	6	6	47	2	20	3	12	17	19			
Gräfenhain	2	2	9	1	8	1	14					
Gräfenhain	16	12	186	7	166	18	10	12	15	16		16
Gräfenhain	6	6	202	7	179	20	10	14	19	20		20
Gräfenhain	11	11	167	5	158	20	10	13	15	18		18
Gräfenhain	6	6	94									
Gräfenhain	15	15	295	4	186	19	12	16	22	12		12
Gräfenhain	4	4	84	3	29	6	10	15	18	3		3
Gräfenhain	23	23	446	13	353	87	10	15	20	56		56
Gräfenhain	7	7	321	3	182	14	15	20	27			
Gräfenhain	5	5	210	5	210	31	10	13	16	20		20
Gräfenhain	8	8	199	6	164	15	10	12	20	7		7
Gräfenhain	3	3	55	1	40	12	12	15	20	1		1
Gräfenhain	3	3	95	2	75	8	10	12	16	1		1
Gräfenhain	10	10	326	7	290	32	10	12	15	19		19
Gräfenhain	13	13	255	5	214	11	15	18	22	2		2
Gräfenhain	4	4	100	3	90	16	8	10	12	4		4
Gräfenhain	5	4	86	6	66	16	10	14	18	13		13
Gräfenhain	9	9	109	3	41	4	12	15	18	3		3
Gräfenhain	7	7	86	4	55	13	12	15	18	5		5

Summa. 4771 430 7084 224 5296 724 813

Die Zahlen sind annähernd vollständig. Es mögen zwar rund 10 000 Maurer im Gau, aber darunter sind zu 2000, die nur einige Wochen, ja in vielen Fällen nur einige Tage Maurerarbeit verrichten. In unserem Gau sind in der Regel jeder Maurer erst seine Lehrlinge von drei Jahren durchmachen, wenn auch nicht alle nach dem alten Satz ihre Lehrzeit bis zum letzten

\* 15 Beilagen besuchten die Baugewerkschaft.



Tage durchmachen oder die feierliche Kostprezierung abwarten.

Belehrlingszuchterei im eigentlichen Sinne ist außer bei zwei Unternehmern nicht üblich. Von einer Belehrlingsausbildung ist allerdings auch keine Rede. Kaufmännische und Ausführlingsarbeiter müssen die Lehrlinge häufig sein. Dies befreit uns die Unternehmer bei jeder Vertragsverhandlung; denn die Junggelehrten möchten sie am liebsten mit dem halben Lohn abgeben wissen. Der Fortbildungsschulunterricht ist wohl am besten illustriert, wenn ich bemerke, daß er, soweit die Lehrlinge überhaupt daran teilnehmen, zum allergrößten Teil von Volksschullehrern erteilt wird. In Religionsstunden sollen dort erteilt werden. Alle Ehre unseren Lehrern, meine ich, aber auch dem Religionsunterricht, aber das ist doch zu viel vom Volksschullehrer verlangt, daß er den Lehrlingen Schrift-, Festigkeitslehre usw., was der Lehrling doch hier lernen müßte, beibringen sollte. In Religionsunterricht kann dem jungen Menschen wohl ziemlich Kenntnis der Unfallversicherungs-, Strafrechtlichen, Unfall-, Invaliden-, Versicherungs- und sonstiger Gesetze gelehrt werden. Etwas technischer Unterricht und Geschicklichkeit in Verbindung mit einer guten praktischen Unterweisung auf dem Bau, würde ein junges Geschlecht bezaubern; das uns Vorkennen weist überlegen wäre, und das von volkstümlichen Standpunkten aus einen gemäßigten Fortschritt bedeuten würde. Der Lohn der Lehrlinge ist in Preußen im Verhältnis zum Gesellenlohn viel zu niedrig. Er beträgt im ersten Jahre nicht selten 8 3 die Stunde; und 25 3 im dritten Jahre als Höchstlohn ist einfach Belehrlingsausbildung kann dem niedrigen Lohn trägt zu der mangelhaften Belehrlingsausbildung ebenfalls bei. Der junge Mensch, der im 18. und 19. Lebensjahre im dritten Lehrjahr 18 bis 20 3 pro Stunde erhält, sagt sich, für diesen Lohn leistet er zu viel zu viel; denn wenn man die 25 3 Gehalt von dem Lohn noch abzieht, bleibt nicht mehr viel übrig. Schlandarbeit und Unachtsamkeit sind die Folge, natürlich nicht ohne Schaden für den Lehrling selbst. Da bei Lohnkämpfen die große Zahl der Lehrlinge oft ungenügend auf die Bewegung einwirkt, müssen wir selbstredend der Lehrlingsfrage eine größere Beachtung als bisher schenken.

Aug. Friedrich.

Bau Cassel.

Im Bau Cassel ist das Belehrlingswesen geregelt, das heißt, jeder, der das Maurerhandwerk erlernen will, muß eine bestimmte Belehrlingszeit durchmachen. Die Casseler Handwerkskammer hat sich gleich den übrigen Kammern seit ihrem Bestehen mit der Belehrlingsfrage befaßt, dabei auch generelle Bestimmungen für alle Handwerke getroffen. Eine der wichtigsten und einschneidendsten dieser Bestimmungen war die Festsetzung der Belehrlingszeit auf vier Jahre.

Ausnahmsbestimmungen waren zwar zulässig, die jedoch nur den Lehrlingen wohlhabender Eltern zu gute kamen; denn nur diejenigen waren von der vierjährigen Belehrlingszeit befreit, die bereit waren, ohne irgendwelche Vergütung während ihrer Belehrlingszeit zu arbeiten. Die Handwerksmeister (Unternehmer) begründeten die Notwendigkeit der vierjährigen Belehrlingszeit damit, daß sie angaben, sie wollten dem heruntergekommenen Handwerk wieder etwas auf die Beine helfen; also Gründe idealer Natur sollen es sein, die diese lange Belehrlingszeit erfordern, jedoch waren es in erster Linie materielle Gründe; es galt, sich für vier Jahre willige und billige Arbeitskräfte zu sichern; denn wenn es möglich ist, in drei Jahren sein Handwerk zu erlernen, weil man keine Vergütung bekommt, warum soll das nicht möglich sein, wenn man eine kleine Vergütung erhält. Diese Bestimmung der Mindestbelehrlingszeit von vier Jahren ist heute wieder aufgehoben. Denn der Andrang von Lehrlingen war in einzelnen Gewerben — auch bei den Maurern — stark zurückgegangen. Die Belehrlingszeit beträgt jetzt wieder, wie früher, drei Jahre. Und als organisierten Arbeitern kann es nicht gleichgültig sein, welche Belehrlingszeit besteht; eine vierjährige Belehrlingszeit könnte uns bei unseren Lohnbewegungen oft recht unangenehm werden.

Schon bei manchem Streit haben die Lehrlinge einen Teil der notwendigsten Arbeiten fertiggestellt; das ist um so eher möglich, je erfahrener und leistungsfähiger diese Lehrlinge sind.

Ohne zünftlerischen Tendenz zu halbigen, verlangen auch wir eine tüchtige, fachgemäße Ausbildung der Lehrlinge. Wenn die nötige Sorgfalt verwendet wird, können dem Lehrling wohl in drei Jahren die technischen und praktischen Kenntnisse beigebracht werden, die ihn zur Verrichtung seines Handwerks befähigen, denn alles lernen wird der Lehrling auch in vier Jahren nicht. Der alte Handwerkspruch: „Wer soll Gevulle sein? der was kann; wer soll Meister sein? der was erfährt; wer soll Lehrling sein? jedermann“, hat seine Berechtigung.

Bei der Ausbildung der Lehrlinge wird leider auch in unserem Gewerbe viel gesündigt. Die Lehrlinge werden oft zu Arbeiten verwendet, die mit der Erlernung des Handwerks nichts zu tun haben, denen auch die jungen Leute körperlich oft gar nicht gewachsen sind. Besonders in den kleineren Orten müssen die Lehrlinge in der ersten Zeit den Hilfsarbeiter erziehen. Das sind Missetaten, auf deren Behebung auch wir als organisierte Arbeiter zu bringen haben. Dabei braucht man nicht auf dem Standpunkt zu stehen, daß der Lehrling keine andere Arbeit als mauern, putzen und dergleichen zu verrichten habe. Wenn ein Lehrling dann und wann mit einem älteren erfahrenen Gesellen auf sogenannte Hilarbeit, besonders bei Ausführung von Spezialarbeiten, geschickt wird, dann kann er, auch wenn ihm die Zubereitung und Zureichung des Materials obliegt, oft mehr lernen, als wenn er in dieser Zeit auf dem Bau Steine auf- und nebeneinander legt.

Neben der Vernachlässigung der praktischen Ausbildung leidet auch die technische. In den großen Orten bestehen zwar Fortbildungsschulen; der Besuch ist aber nicht für alle Lehrlinge obligatorisch. Nur diejenigen Lehrlinge sind zum Besuch dieser Schulen verpflichtet, die am Schulort wohnen. Die Lehrlinge, die jeden Abend zu Hause gehen oder fahren, sind vom Besuch dieser Schulen entbunden, und das alles nur deshalb, weil die Herren Handwerksmeister sich nicht dazu verstehen können, ihren Lehrlingen einige Stunden in der Woche zum Besuch der Schule freizugeben. Großen Nutzen haben zwar die Besucher dieser Fort-

bildungsschulen auch nicht, denn der Unterricht fällt in die Abendstunden. Was bei einem Lehrling, der tagelänglich angestrengt gearbeitet hat, noch beigebracht werden kann, ist nicht viel.

Nach den von uns veranstalteten Erhebungen stellt die Zahl der Lehrlinge zu der Zahl der beschäftigten Gesellen wie eins zu vier; es kommt also im Durchschnitt auf je vier Gesellen ein Lehrling. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß es Unternehmer gibt, bei denen auf je einen Lehrling zwei bis höchstens drei Gesellen kommen. Auch hier sind es wieder die Handorte, wo die Zahl der Lehrlinge zu der Zahl der beschäftigten Gesellen unnatürlich ist. Aus dem Bericht der Casseler Handwerkskammer für 1903 und 1904 ist zu ersehen, daß im Kreise Homberg, in dem zwei Bauvereinigungen für das Baugewerbe bestehen, die erste Jahrgang bei 200 Gesellen 80 Lehrlinge beschäftigt, die zweite Jahrgang sich bei 70 Gesellen schon 25 Lehrlinge hält.

Einen besonders traurigen Fall von widernatürlicher Belehrlingszuchterei berichtet ebenfalls die Casseler Handwerkskammer von der Bauvereingung der Maurer, Zimmerer und Tischler des Kreises Riegenheim. Diese Musterkammer beschäftigt bei nur 100 Gesellen ein hundert und vierzig Lehrlinge. Daß unter solchen Umständen aus dem Lehrling nichts werden kann, ist nur zu begreiflich. Diese Belehrlingszuchterei in den ländlichen Bezirken ist sehr verfallisch. Hat der Lehrling keine vorläufige Lehrlingszeit, wofür noch ein Jahr sein können, als Geselle gearbeitet, dann hält er es bei dem äußerst niedrigen Lohnen zu Hause nicht mehr aus. Es treibt ihn in die nächste große Stadt, wo ein höherer Lohn verdient wird. Für diesen Abgang von Maurern, der aus den ländlichen Bezirken ganz enorm ist, muß Ersatz geschaffen werden, daher die Belehrlingszuchterei. Diese behauerliche Zustände könnten unsere Kollegen beseitigen, wenn sie zu Hause durch Anschluß an unsere Organisation sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen erkämpfen; dann brauchen sie nicht mehr der besseren Bezahlung halber in der Fremde ihr Brot suchen, und der Belehrlingszuchterei wäre Einhalt geboten.

Die Bezahlung der Lehrlinge ist in den großen Orten im allgemeinen mäßig; sie erhalten im ersten Jahr 60 3, im zweiten Jahr 80 3 und im dritten Jahr 1,20 pro Tag; in den kleineren Orten im ersten Jahr 60 3, im zweiten Jahr 70 3, und im dritten Jahr 1 pro Tag. Kost und Logis erhalten die Lehrlinge sehr selten; nur aber solches gewährt wird, fällt jede weitere Vergütung fort. Verwerflich erscheint es also, als ob das Belehrlingswesen geregelt sei, in Wirklichkeit gibt es doch noch viel zu reformieren, und unsere Handwerksmeister, besonders die sogenannten Stützen des Handwerks, sollten sich der Pflege des Belehrlingswesens mehr als bisher widmen. Der Lehrling soll nicht der Husarenerei dienen; aus ihm soll ein brauchbarer Geselle gemacht werden, der sein Handwerk versteht.

Das Verhältnis unserer Kollegen zu den Lehrlingen ist behauerlicherweise nicht befriedigend. Wir haben aber als organisierte Arbeiter auch ein Interesse daran, daß der Lehrling ordentlich ausgebildet wird. Wie oft haben wir schon bei Lohnforderungen die Unternehmer sagen hören, daß sie den jungen Gesellen den geforderten Lohn nicht zahlen könnten wegen ihrer geringen Beschäftigung. Also schlecht ausgebildete Lehrlinge sind auch für uns Lohnbrüder. Wir müssen uns deshalb als organisierte Maurer der Lehrlinge mehr als bisher annehmen. Sorgen wir dafür, soweit es uns möglich ist, daß die Lehrlinge zu brauchbaren gefitteten Menschen, aber auch zu tüchtigen Gesellen erzogen werden. Bedenken wir, daß der Lehrling nicht immer Lehrling bleibt, sondern daß er in kurzer Zeit unser Kollege ist. Nehmen wir uns also in Zukunft der Lehrlinge in dieser Weise an, dann ergeben wir sie nicht nur als gleichwertigen Kollegen, sondern auch zu gleichwertigen Kämpfern.

G. Thüne.

Centralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.)

In der Woche vom 6. bis 12. Januar sind folgende Beiträge eingegangen: Von der dritten Verwaltung in Würzburg M. 200, Hagenburg 161,80, Zohannshaus 160, Salmdörfer 160, Cöslin 100, Zieboch 100, Velja-Gobits 100, Sandbach 80, Erbenheim 80, Wittenberg 78,50, Gehring 70, Schwärder 68,80, Frankenstein 60, Biered 50, Wiesbaden 40, Hohenberg 30, Summa M. 1508,40.

Zulassige erhielten: Berlin M. 8000, Polen 1200, Breslau 600, Oranienburg 600, Altona 400, Halberstadt 300, Friedrichsburg 300, Weissenau 300, Stuttgart 300, Bremen 250, Cannstatt 200, Wiesbaden 200, Duisburg 200, Friedrichshagen 200, Wilmst. l. Westf. 200, Bremerhaven 160, Groß-Varrenberg 150, Neu-Vanglow 120, Velen i. d. W. 100, Wroemberg 100, Gehring 100, Schönhausen a. d. E. 90, Wudow 60, Summa M. 12130.

Altona, den 12. Januar 1907.  
Karl Reich, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Kollegen! Unterlagt nie, von Unfällen, Veneinstürzen, überhaupt von allen wichtigen Vorkommnissen auf den Bauten schnellstens einen sachlichen Bericht an Euer Fachblatt zu senden.

Colmar i. G. Am 7. Januar, 11 1/2 Uhr Morgens, stürzte an einem Neubau des Bauunternehmers Jordan der Maurer Metzger samt dem Gerüst aus einer Höhe von 16 m herunter und war, da noch Gerüstbreiter auf ihm saßen, sofort tot. Das Gerüst hatten Zimmerer hergestellt, um das Dachgeisels anzubringen. Der Verunglückte war beauftragt, das Gerüst zu entfernen.

Rail. In einem Nachbarorte passierte am 7. Januar ein schwerer Bauunfall. Zwischen 3 und 4 Uhr des genannten Tages stürzte die Arbeiterfront des bis zur zweiten

Etage gebühenden Baues plötzlich zusammen und riß auch einen Teil des Gerüsts mit, auf dem mehrere Maurer beschäftigt waren. Zwei Maurer konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen, während ein Maurer und ein Hilfsarbeiter in die Tiefe gerieten und schwer verletzt wurden. Schuld an dem Einsturz ist schlechte Fundamentierung und schlechtes Material.

Weserland a. Schl. Ein behauerlicher Unfall ereignete sich am Dienstag, den 8. Januar, in Weimigstedt, woselbst der Kollege J. Bedmann mit Brunnenbau beschäftigt war. Als ein sogenannter Maschinen, der zum Abheben benutzt wird (er besteht aus vier zu 1,20 m langen Breitere von der Stärke eines Gerüstbrettes), heruntergelassen wurde, lösten sich zwei dieser Breitere aus der Schlinge des Seils und fielen dem Kollegen so unglücklich auf den Kopf, daß er sofort zusammenbrach. Der Brunnenbau war bereits bis zu einer Tiefe von 53 Fuß gebrochen. Der Kollege wurde bewußtlos herausgezogen und zunächst in ein Nachbarhaus gebracht. Der telephonisch herbeigerufene Arzt konstatierte einen Schädelbruch; ob der Verunglückte am Leben erhalten wird, ist fraglich.

Submissionslisten. Bei einer von der Eisenbahndirektion Hannover ausgeschriebenen Verbindung hat sich zwischen dem höchsten und niedrigsten Gebot ein Unterschied von fast einer Million Mark ergeben, ein krasses Beispiel für die Schäden dieses Verbindungswesens. Wie wir hören, handelte es sich um Arbeiten für die Ausgestaltung der Bahnanlagen zwischen Lehrte und Wunstorf, um genau die Hauptstraße um etwa 832.000 ehm Erarbeiten, 182.000 ehm Böschungsarbeiten, 21.000 ehm Fundament ausbau, 27.000 ehm Beton- und Mauerarbeiten, 13.490 ehm Eisenarbeiten, 24.000 ehm Weigerarbeiten, 3.600 ehm Spundwände und 24.000 ehm eiserne 1-Träger. Es bewarben sich um das Objekt 20 Firmen, die folgende Gebote abgaben: H. Witt in Kiel M. 1.639.581,95, G. Reiners in Bremen M. 1.704.256, W. Göppels in Dortmund M. 1.707.857, Th. Engel in Sinsberg M. 1.835.888, Julius Berger in Bromberg M. 1.891.560, Schr. Sellmann in Frankfurt a. M. M. 1.908.814, Schr. Ederhof in Salem M. 1.904.773, Grofensl. & S. Siemann in Wünde M. 1.929.267, H. Grastorf in Kassel M. 1.976.884, Eberhardt, Schreiner & Siemann in Hamm M. 1.976.774, Grün & Wilsinger in Mannheim M. 1.985.774, Friedrich Bruch in Braunschweig M. 2.140.293,50, Gebr. Cies in Heiligenstadt M. 2.163.445, Georg Kallert in Hannover M. 2.188.910, Friedrich Dusch in Hannover M. 2.188.229,50, Niedermeier & Göge in Seelitz M. 2.259.216, Tiefbau- u. Schiffbau in Königsberg M. 2.213.370, Otto Schaffer in Hamburg M. 2.414.238, Baugesellschaft Mittelohn in Hannover M. 2.487.624 und Wilhelm Dittler in Godesberg M. 2.541.664. Zwischen dem ersten und letzten Gebot besteht somit ein Unterschied von genau M. 901.982!

ATK. Zement in den Vereinigten Staaten. (Nachdruck verboten.) Noch vor vier bis fünf Jahren war Deutschland ein Hauptzementlieferant für die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Im Jahre 1903 betrug die deutsche Einfuhr nach diesem Lande noch 693 Millionen Pfund, und deutsche Fabriken verlegten einen Teil ihres Betriebes nach Amerika, in der Erwartung, daß sich das Geschäft noch mehr heben werde. Diese Hoffnung hat indessen geäußert; die deutschen Fabriken konnten bisher brühen zu keinem rechten Ertragssteigerung, und die Einfuhr deutschen Zements ist inzwischen bis auf 210 Millionen Pfund herabgegangen, je mehr sich die Produktion der einheimischen Werke steigert hat.

Es ist nun interessant, zu beobachten, daß ein großer Teil des in Amerika produzierten Zements nicht vergleichbar unserem Portlandzement ist, wie ihn die Normen vorschreiben, sondern Schlacken- oder Gipszement, der allerdings auch in Deutschland und Belgien seit etwa zehn Jahren hergestellt wird und sich meist gut bewährt hat. In Amerika nahm zuerst die Illinois Steel Company 1897 die Produktion von Schlacken- oder Gipszement auf, indem sie die bisher unbenutzte Hochofenschlacke mit gemauertem Kalk mischte. Später wurde die Fabrikation in anderen Werken des Stahlstrusses ebenfalls aufgenommen und dort aus Schlacke und Kalk Klinker hergestellt, die gebrannt und gemauert wurden.

Der so gewonnene Zement erwies sich als sehr brauchbar und fand guten Absatz, so daß ein Werk in Indiana in diesem Jahre über zwei Millionen Pfund absetzen konnte. Infolgedessen baut der Stahlstruss zur Zeit die Anlagen aus, so daß im nächsten Jahre in seinen Zementfabriken täglich 17.000 Tons hergestellt werden können. Die neuen Werke werden in der Weise eingerichtet, daß ihre elektrische Betriebskraft durch Wassermotoren erzeugt wird, die mit Hochofenschlacke arbeiten. Dadurch die beiden wichtigsten Nebenprodukte der Hochofen, Gas und Schlacke, wirksam verwendet und die Produktion in ganz besonderem Maße vergrößert.

Die deutsche Einfuhr von Zement wird natürlich durch den Ausbau der dortigen Werke empfindlich geschädigt. Wenn man auch annehmen kann, daß der Wiederaufbau San Franciscos den Zementbedarf steigern wird, so bleibt doch abzuwarten, ob der Mehrbedarf nicht von den einheimischen Werken gedeckt werden kann und ob gerade für Deutschland etwas von dem Segen abfallen wird. Günstig für die Einfuhr ist allerdings der Umstand, daß die Frachten von Europa nach der Westküste Nordamerikas niedriger sind, als von der Ostküste Amerikas nach Kalifornien, so daß die europäischen Fabriken den Preisunterschied hier wesentlich ausgleichen könnten. Auf eine dauernde Erhöhung des Zementverbrauches nach der Westküste wird aber für Deutschland kaum zu rechnen sein, zumal der Stahlstruss nicht nur die Zementfabrikation energisch betreiben, sondern auch Zementkonventionen oder gar einen Trust für das ganze Land anstreben wird, gegen den die deutsche Einfuhr kaum wird ankämpfen können.

Polizei und Gericht.

Streifenwachmann. Das Amtsgericht Korbach sendete am 2. Januar einen Fall, durch den Streifenwachmann recht charakterisiert werden. Während des Streits in Heppenheim stellte sich der Maurer Eisenbauer aus Jammelsbach bei dem Unternehmer Gersbach als Streifenwachmann ein. Der Kollege Sauer, der zufällig in Heppenheim war, ging an den Bau heran und sprach mit Eisenbauer, der zum Schluss M. 5 aus der Streifenwachmann verlangte, der ihm versprochen wurden. Darauf stellte Eisenbauer die die ihm versprochen wurden. Darauf stellte Eisenbauer die die ihm versprochen wurden. Die Angelegenheit wurde auf Hausfriedensbruch



und Vergehens gegen § 163 der Gewerbeordnung. Bei der Verhandlung bestritt der Angeklagte in beiden Fällen, strafbare Handlungen begangen zu haben. Streifenarbeiter Eisenhauer als erster Zeuge eiltlich aus: Der Angeklagte kam am fraglichen Tage an den Bau heran und rief mich zu: Die Arbeit gehört uns, wenn Du nicht sofort die Arbeit einstellt, schmeiß ich Dir den Kopf ab. Wenn Du noch Deine Frau und Kinder sehen willst, so bezieht Du sofort den Bau! Der zweite Zeuge, ein Tageelöhner, sagte auf das Bestimmteste aus: Der Angeklagte ging bis an das Gangerüst heran und sprach mit Eisenhauer; zum Schluß verlangte dieser A 5 und ging mit dem Angeklagten weg. Auf Befragen des Richters, ob der Zeuge nicht gehört habe, daß der Angeklagte Drohungen gegen Eisenhauer ausließ, wie: Ich schmeiß Dir den Kopf ab; wenn Du Deine Frau und Kinder noch einmal sehen willst, so bezieht Du sofort den Bau, erklärte der Zeuge: Gatte Eauer die Versicherung getan, hätte ich sie nicht hören müssen, denn ich stand dicht neben Eauer. Auf diese Aussage hin wurde Eisenhauer vom Richter gefragt, ob er heute nicht aufgeregt sei und ob er gegen diese Aussage des zweiten Zeugen handhalten könne. Eisenhauer erklärte, er wisse genau, was er tue und bleibe bei seiner Aussage. Auch der zweite Zeuge hielt an seiner Aussage fest. Der Amtsanwalt fragte den Zeugen, ob er Mitglied des Maurerverbandes sei; dieses wurde bestritten. Was der Amtsanwalt damit bezwecken wollte, ist klar. Aber er hatte damit diesmal kein Glück. In Anbetracht der sich so schroff einander gegenüberstehenden Aussagen ersuchte der Amtsanwalt das Gericht, die beiden eiltlichen Aussagen zu protokollieren. Er stellte dann den Antrag, den Angeklagten in beiden Fällen freizusprechen. Der Urteil lautete auf Freispruch. Was weiter in diesem Falle geschehen wird, bleibt abzuwarten. Eisenhauer hat an demselben Tage, wo er in Döpenhagen den Streifenarbeiter machte, eine Geldstrafe mit Inhaft entnommen, was ihm hier Wochen einbrachte; während der Verhandlung wollte er den Angeklagten hierfür verantwortlich machen.

### Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 15 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes geben wir hervor: Getrocknete Datteln — Die Situation des Reiches. Von R. Kautsky. (Schluß) — Das Zweiparteiensystem in den Vereinigten Staaten. Eine Erinnerung von Robert Sallies (Chicago). — Die letzten Reichstagswahlen. Von Adolf Braun. — Der Freisinn und die Stichwahlen im Jahre 1906. Von R. W. — Der Militarismus im Deutschen Reich. Von Rudolf Strauß. — Literarische Rundschau: Professor Dr. Gustav Strauß's Grabmal. — Das allgemeine Wahlrecht in Desterreich seit 1898. Von G. Gellert. Dr. jur. E. Herr, Der Zusammenbruch der Wirtschaftsfreiheit und der Sieg des Staatssozialismus in den Vereinigten Staaten von Amerika. Von r. h. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von M. 2,25 pro Quartal zu beziehen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abgekauft werden. Das einzelne Heft kostet 25 A. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Das Handbuch für sozialdemokratische Wähler ist (eben in Verlage der Buchhandlung Bornhäris, Berlin SW 68, Lindenstraße 69, erschienen und ist durch sämtliche Parteibuchhandlungen zum Preise von M. 2 für das gebundene und M. 1,50 für das broschürierte Exemplar zu beziehen. Aus dem Inhalt geben wir hervor: Die Armee und ihr Budget. — Die Kolonialpolitik. — Die Reichsfinanzwirtschaft. — Die Versicherung des Brandweins. — Sozialpolitik und Arbeiterversicherung. — Vergarbeitergesetzgebung. — Landarbeiter. — Justizwesen. — Handelsverträge. — Die Parteien des Reichstages. — Das Reichstagswahlrecht. — Winke für die Agitation.

Das persönliche Regiment. Neben und sonstige öffentliche Versicherungen Wilhelms II. Zusammengefaßt von Wilhelm Schröder. München bei Wirt & Co. 1907. Preis broschüriert M. 1. Mehr denn je ist in letzter Zeit das öffentliche Wirken des deutschen Kaisers in allen Parteilagen kritisiert worden. Tagtäglich werden Ältere und neuere Neben Wilhelms II. in der Presse und in öffentlichen Ausdrücken herangezogen und doch schlechte es bisher an einem Werk, das alles für den Politiker Wissenswertes in gedrängter Kürze geordnet enthält. Diese Lücke soll das vorliegende Buch ausfüllen. Es bringt, nach Materien geordnet, nicht nur die für die Öffentlichkeit beachtenswerten Neben des regierenden deutschen Kaisers, sondern auch aus öffentlichen Handlungen und Gelegenheitsübertragungen des Monarchen alles Wesentliche, was seit seinem Regierungsantritt bis zur Gegenwart bekannt geworden ist. In acht Haupt- und 88 Unterabschnitten ist das Verhältnis des Kaisers zu Armee und Marine, zur sozialen Frage, zu den Bundesfürsten und den verschiedenen innerpolitischen Angelegenheiten, zur Kirche, zum Ausland, zu den Künsten und Wissenschaften zc. aus seinen eigenen Kundgebungen übersichtlich dargestellt. Ein ausführliches alphabetisches Register erleichtert das Nachschlagen. Der Verlag hofft, daß das Buch nicht nur den Verlagspolitikern, sondern allen am öffentlichen Leben teilnehmenden Personen gute Dienste leisten wird. Der billige Preis von M. 1 erleichtert die Anschaffung.

### Briefkasten.

Den Interessenten. Die Einrückungen für den „Grundstein“ 1908 sind noch nicht fertig. Bestellungen sind alle richtig notiert.  
Christi. Wir können bei Aufnahme der Sterbeanzeige keine Ausnahme machen; tätet wir dies in einem Falle, kämen wir aus den Ausnahmen gar nicht mehr heraus und die Ausnahmefälle würden die Regel werden.  
Hofstad, S. P. Eine solche Adresse können wir nicht angeben.  
Probsthella, R. Der Preis ist der Anzeige immer beigedruckt. Die Beträge können mit dem nötigen Vermerk an den Verbandskassierer mit den Beiträgen eingeliefert werden.  
Mengersdorf, H. R. Das Wert „Der praktische Maurer“ kostet M. 18 und ist zu beziehen durch die Buchhandlung von Arthur Gaisch in St. Ludwig i. Elb.

Pfaffendorf, S. E. Bei der Berechnung der Inhabenden werden 600 Beitragsmosen zu Grunde gelegt. Da im vorliegenden Falle aber für mehr als 500 Wochen Beiträge geleistet worden sind, so kommen von den niedrigsten Wochenbeiträgen sofort in Befrag, als die Zahl 500 überschritten ist. Die Rechnung stellt sich demnach also so:

158 Beiträge 3. Klasse	× 80 =	12240	
244 „ 4. „	× 90 =	21960	
108 „ 5. „	× 100 =	10800	
600 Beiträge		44500	
	44500	500 =	89

Als Grundbetrag kommen also M. 89 in Anrechnung. Hierzu kommt noch der Betrag der Steigerungsbeträge, wofür alle Beitragsmosen in Betracht kommen. Die Rechnung stellt sich dann so:

44 × 6 =	M. 264
867 × 8 =	6936
244 × 10 =	2440
108 × 12 =	1296
Summa	M. 67,96

### Zusammenstellung:

Grundbetrag	M. 89,—
Steigerungsbetrag	67,96
Reichszuschuß	50,—
Summe	M. 206,96

Men, S. W. Versammlungsanzeige kam für Nr. 2 zu spät.

Mörsch, S. Wenn die dortigen Kollegen eine Zahlstelle der Zentralratskassette der Maurer „Grundstein zur Einigkeit“ errichten wollen, so müssen sie sich mit einem entsprechenden Antrage an den Vorstand dieser Kasse wenden. Adresse: Herrn B. Schmar in Altona a. b. Elbe, Wilhelmstr. 57, part.

Marsburg, Fr. W. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben nicht gegen die betreffenden Gesetze gestimmt, weil sie prinzipielle Gegner solcher Einrichtungen sind, sondern weil alle von ihnen beantragten Verbesserungen, wie Herabsetzung der Altersgrenze bei der Altersversicherung, Erhöhung der Renten bei allen Versicherungsgelegenheiten, Milderung der Arbeiter bei der Vollstreckung dieser Gesetze usw., durch die erst diese Gesetze zu wahren Wohlfahrtsmaßnahmen für die Arbeiter geworden wären, von der Regierung und den Mehrheitsparteien des Reichstages abgelehnt wurden. Die Sozialdemokratie ist nicht und überall dafür eingetreten, daß Gesetze geschaffen werden, die dem Arbeiter wahre Wohlfahrt verbürgen und dies wird sie auch ferner tun. Das derweilen aber die Kreisblätter, weil sie ja die Aufgabe haben, das Volk in der Dummheit zu erhalten.

Berlin, S. E. (Verbandsbuch-Nr. 108604). Die Strafe ist noch nicht verjährt. Wenn aus Geld- oder Gefängnisstrafe erkannt worden ist, so wird von der Strafvollstreckungsbehörde zunächst versucht, die Geldstrafe beizulegen, erst wenn dies unmöglich ist, wird die Gefängnisstrafe, die Gefängnisstrafe, vollstreckt. Es ist also nicht in das Verzeichnis der Verurteilten gestellt, sich von den Strafen erlösen zu können. Auf Abzahlung der Geldstrafe wird sich die Strafvollstreckungsbehörde wohl kaum einlassen.

Memmesdorf, S. N. Wir haben schon mehr als hundertmal darauf aufmerksam gemacht, daß längere Berichte, die erst kurz vor Redaktionsschluss hier eingehen, in die laufende Nummer nicht mehr aufgenommen werden können. Das ist auch der Grund, weshalb der Bericht von der Delegiertenkonferenz in Nr. 2 nicht erschienen ist. Der Bericht wäre (soweit in Nr. 3 erschienen, ohne daß es der langen Ermahnungsheft bedürft hätte.  
K. E. 100. Sie müssen die Frage wiederholen.

### Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bzw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

### Deutsch Lissa.

Der Kaiserer Ernst Gabner wohnt Diefenfurterstraße 27. [M. 1,20]

### Brandenburg a. d. H.

Die Adresse des ersten Vorliegenden ist: Carl Kluth, Gutenbergstr. 7. [M. 1,20] Der Vorstand.

### Gross-Neuendorf.

Der Zweigverein feiert am Sonnabend, den 26. Januar, mit den organisierten Zimmerern und Bauarbeitern zusammen sein diesjähriges

### \* Stiftungsfest \*

im Lokale des Herrn Binte.  
Alle Kollegen werden hierzu freundlichst eingeladen.  
[M. 3,30] Der Vorstand.

### Ribnitz.

Freitag, den 1. Februar, Abends 7 Uhr:  
**Erstes Stiftungsfest.**  
Um zahlreichen Besuch bitten  
Der Vorstand.  
[M. 3,30]

### Zehdenick.

Sonnabend, den 26. Januar 1907, Abends 8 Uhr:  
**Wiener Maskenball**  
veranstaltet vom Zweigverein der Maurer  
im Lokale des Herrn Buchholz.  
Die Kollegen aus der Umgegend sind herzlich freundlich, eingeladen.  
Billet 35 Pfg. Der Vorstand.

### Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beileie kostet 10 A.)

**Cosmar i. Elb.** Am 7. Januar starb unser Kollege **J. H. Merzison**, 42 Jahre alt, durch Selbstmord von einem Gerüst.  
**Glin.** Freitag, den 11. Januar, starb unser langjähriger Mitglied **August Wollhorn** im Alter von 42 Jahren an der Proletarierkrankheit.  
**Göpenitz.** Am 6. Januar starb unser Verbandsmitglied **Ernst Henze** infolge eines Sturzes aus der 4. Etage im Alter von 85 Jahren.  
**Danzig.** Sonnabend, den 6. Januar, starb der Kollege **Reinhold Koels** an Gehirnschlag.  
**Dormund.** Dienstag, den 8. Januar, starb nach langem, schwerem Leiden an Asthma unser Verbandskollege **Louis Middendorf** im Alter von 49 Jahren.  
**Dresden.** Am 2. Januar starb unser Mitglied **Ernst Leuthold** aus Regau bei Mebeberg im Alter von 51 Jahren an Lungenerkrankung. — Am 6. Januar starb der Kollege **August Missbach** nach langem, schwerem Leiden im Alter von 61 Jahren an Darmberstung.  
**Hilfenlohe.** Montag, den 7. Januar, starb nach langem Leiden unser Mitglied **Karl Meyer** im Alter von 80 Jahren.  
**Erfurt.** Am 4. Januar starb unser Verbandskollege **Fritz Hamann** im Alter von 39 Jahren an Schlagfluss- und Lungenerkrankung.  
**Gr.-Befen.** Am 29. Dezember starb unser Kollege **Wih. Henze** im Alter von 33 Jahren an Herzschlag.  
**Hof.** Am 11. Januar starb unser Kollege **Paulus Wilhelm** im Alter von 62 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Karlshöhe.** Am 8. Januar starb nach längerem Leiden unser Ehrenmitglied **Max Güntling** im Alter von 57 Jahren.  
**Karlshöhe-Knielingen.** Am 6. Januar starb unser Kollege **Jakob Funk** nach langem, schwerem Leiden im Alter von 49 Jahren.  
**München-An.** Am 31. Dezember starb unser Kollege **Ludwig Heizer**, 32 Jahre alt, an der Proletarierkrankheit.  
**München-West.** Am 26. Dezember starb unser Kollege **Josef Pindl**, 28 Jahre alt, nach zweitägiger Krankheit an Vergiftungserscheinungen.  
**Mittlerode.** Am 5. Januar starb unser treues Mitglied **Friedrich Krebs** im Alter von 26 Jahren durch Verfallung.  
**Parchim.** Am 2. Januar verschied unser treuer Verbandskollege **Karl Reimer** im Alter von 49 Jahren an Lungenerkrankung.  
**Probsthella.** Am 6. Januar verschied unser Kollege **Heinrich Mathes** aus Lauscha im Alter von 38 Jahren an Lungenlähmung.  
**Pötenau.** Am 25. Dezember starb unser Mitglied **Karl Kretschmar** im Alter von 38 Jahren.  
Ehre ihrem Andenken!

### Versammlungs-Anzeiger.

#### Verbandsversammlungen der Maurer.

Sonnabend, den 19. Januar.

**Aken.** Abends 8 1/2 Uhr in der Herberge zur Heimat.  
**Sonntag, den 20. Januar.**  
**Bergedorf.** Radm. 4 Uhr im Lokale des Herrn O. Wandte (St. Petersburg). L.-O.: Kollong.  
**Kalk.** Radm. 6 Uhr bei Riet, Wittorfstr. 70.  
**Lauf b. Nürnberg.** Radm. 2 Uhr.  
**Luckenwalde.** Radm. 9 1/2 Uhr im Vereinslokal, Westberstr. 24. L.-O.: Jahresabrechnung, Bericht d. Delegiertenmission, Reichstagswahl.

#### Montag, den 21. Januar.

**Berlin-Schöneberg.** Abends 8 Uhr. L.-O.: Jahresbericht, Remuneration der Vereinstätigen, Vorschläge zur Verbandsleitung.  
**Berlin.** (Osten L.) Abends 8 Uhr in Dittius Hof, Memelstr. 47. L.-O.: Jahresbericht und Remuneration der Vereinstätigen, Vorschläge zur Verbandsleitung.  
**Berlin.** (Cragenburger Vorstadt.) Abends 8 Uhr „Vorurteile“ (Heiner Gans) Referat. 9/7. L.-O.: Remuneration der Vereinstätigen, Vorschläge zur Verbandsleitung.

#### Sonntag, den 23. Januar.

**Artern.** Radm. 8 Uhr im „Weißen Schwan“.  
**Sonntag, den 3. Februar.**

**Ribnitz.** Radm. 4 Uhr im Einheitslokal.  
**Karlshöhe-Knielingen der Maurer usw.**

#### Sonntag, den 20. Januar.

**Luckenwalde.** Radm. 1 1/2 Uhr bei S. Schumann, Schillerstr. 2. L.-O.: Abrechnung vom 4. Quartal, Verbandswahl.  
**Werder a. d. H.** Radm. 3 Uhr bei Koch.

#### Sonnabend, den 26. Januar.

**Schwerin i. M.** Abends 7 1/2 Uhr im „Gefährlichen“, Dr. Moor 61. L.-O.: Abrechnung, Verbandswahl, Anwesenheitsbescheinigung.  
**Spandau.** Abends 9 Uhr bei Hille, Brunnenstr. 6. L.-O.: Abrechnung vom 4. Quartal, Remuneration der Verbandsmitglieder.  
**Sonntag, den 27. Januar.**

**Danzig.** Radm. 10 Uhr im „Fischmarkt“ bei Schöck. L.-O.: 1. Abrechnung vom 4. Quartal und Jahresabrechnung für 1906. 2. Remuneration der Verbandsmitglieder. 3. Bericht über das Gelingen.  
**Gr.-Lichterfeld.** Radm. 9 1/2 Uhr bei Rietten, Gauhestr. 104. Tagesordnung: Referat und Wahl der Verbandsleitung.  
**Lehnh.** Radm. 3 Uhr Generalfestversammlung. L.-O.: Verbandswahl.  
**Neu-Ruppin.** Radm. 3 Uhr bei Dietmar. L.-O.: Abrechnung vom 4. Quartal, Verbandswahl.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.